



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

13. Stadtratsprotokoll / 13^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 14. September 2023, 18.00 Uhr

Séance du jeudi 14 septembre 2023 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Boly Kady, Bord Pascal, Briechle Dennis, Bucher Juliet, Cacciabue Anna Louise, Celik Pir Chè, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Eggimann Roman, Francescutto Luca, Gerber Andreas, Gloor Yannick, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Kilezi Ruth, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Magnin Nadia, Maurer Stefan, Moeschler Marie, Molina Franziska, Müller Lukas, Oberle Fabio, Paronitti Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rodriguez Ugolini Julian, Roth Myriam, Rüber Stefan, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, van der Meer Marion, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Eggli Roland, Schlup Nina, Varrin Océane, Vouillamoz Naomi

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Pittet Natasha

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Loderer Benedikt. Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

El Mohib Omar, Ratssekretär

1.	Fraktionserklärung	4
2.	Genehmigung der Traktandenliste	5
3.	Mitteilungen Stadtratsbüro	5
4.	Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat	5
	• Abrechnung(en) in der Kompetenz der GPK:	5
5.	Interpellation 20230069, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Boly Kady, Fraktion PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, Paronitti Maurice, PRR, Schiess Christophe, Grüne, Roth Myriam, Grüne, «Fusion der französischsprachigen regionalen Medien – Welche Auswirkungen hat sie für Biel?»	6
6.	Interpellation 20230110, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, «Situation der Pensionskasse und der Finanzen der Stadt Biel nach dem Zusammenbruch der Credit Suisse!»	8
7.	Überparteiliches Postulat 20230088, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, Roth Myriam, Fraktion Grüne, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, PSR, Sutter Andreas, FDP, Paronitti Maurice, PRR, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Städtepartnerschaft mit der Ukraine»	8
8.	20230008 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates	10
	• Finanzdirektion	10
	○ Postulat 20170058, Hamdaoui Mohamed, Fraktion PSR, «Für ein Haus der Vereine»	10
	○ Postulat 20210095, Koller Levin, SP, «Bieler Boden für ein Biel für alle kaufen»	11
	○ Dringliches überparteiliches Postulat 20210289, Tanner Anna, SP, Stolz Joseline, PSR, Rüber Stefan, Grüne, Sprenger Titus, PAS, Heiniger Peter, PdA, «Erhöhung der Einnahmen der Stadt Biel»	12
	• Direktion Soziales und Sicherheit	14
	○ Dringliches Postulat 20170053, Cacciabue Anna Louise (Schmid Judith), Partei der Arbeit Biel, «Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen»	14
	○ Dringliches überparteiliches Postulat 20210256 Tonon Ariane, Grüne, Strobel Gianna, JUSO, Halter Marisa, PdA, Stolz Joseline, PSR, Tennenbaum Ruth, PAS, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Ereignisse in Afghanistan: Die Stadt Biel setzt sich für Menschen in Gefahr ein»	15
	• Direktion Bildung, Kultur und Sport	16
	• Direktion Bau, Energie und Umwelt	17
	○ Postulat 20210024, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Mehr öffentliche Sitzbänke für die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs»	17
	○ Überparteiliches Postulat 20210217, Schlup Nina, JUSO, Heiniger Peter, PdA, «Biel wird autofrei»	18

9.	20230169 Erwerb Geschäftsliegenschaft Gerbergasse 18 in Biel / Biel-Grundbuchblatt Nr. 2038 / Verpflichtungskredit	20
10.	20230174 Erneuerung des Baurechtsvertrages für die Stiftung Battenberg an der Südstrasse 55 auf dem Grundstück Biel-Grundbuchblatt Nr. 8947.....	22
11.	Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Motion 20230237, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Moeschler Marie, Fraktion PSR, «Finanzkommission jetzt!»	25
12.	20230175 Schulhaus Platanen / Sofortmassnahmen /Verpflichtungskredit	25
13.	20230067 Postulat Boly Kady, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, «Bessere Information der Bevölkerung über die Abstimmungsergebnisse im Stadtrat»	29
14.	Dringliche überparteiliche Motion 20230140, Augsburger-Brom Dana, parteilos, Heiniger Peter, PdA, Pir Chè Celik, PdA, Schlup Nina, JUSO, «Teuerungsausgleich für Institutionen mit Leistungsverträgen»	30
15.	Interpellation 20230068, Arnold Niels, Fraktion GLP+, «GR-Beschluss vom 30.11.2022 zum «Verein Skatepark / Nachtrag zur Leistungsvereinbarung»	35
16.	Neueingänge.....	36

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Sitzung ist eröffnet. Als neuer Stadtratspräsident werde ich versuchen, den Sitzungsbetrieb in Gang zu halten. Ich bitte Sie, die Redezeiten einzuhalten und lege sie für Einzelsprechende auf drei Minuten fest. Je nach Sitzungsverlauf wird eine Pause gemacht oder nicht.

Auf ihren Tischen finden Sie folgende Unterlagen:

- Blatt mit den Öffnungszeiten des Ratssekretariats
- Unterlagen für die Stadtratssitzung vom 4./5. Oktober 2023
- Bieler Jahrbuch 2022
- Broschüre «mehr Quartierleben, aktiver Strassenraum» zu den verkehrlich flankierenden Massnahmen

Bereits vor der Sitzung haben Sie den Sitzungsplan 2024 für den Stadtrat erhalten. Dieser ist ebenfalls auf der Internetseite publiziert.

Wir beginnen mit einer Fraktionserklärung des Grünen Bündnisses. Ich übergebe das Wort an Herrn Rüber.

1. Fraktionserklärung

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Die Kampagne gegen den Leistungsvertrag mit dem TOBS irritiert die Fraktion Grünes Bündnis sehr. Selbstverständlich hat jede Partei das Recht ihre Abstimmungsempfehlungen zu kommunizieren. Eine Empfehlung der Vorlage zur Annahme seitens der SVP, hätte uns denn auch sehr überrascht. Mit ihrer Kampagne geht die SVP aber einen Schritt weiter, denn sie bezieht sich sehr stark auf eine aktuelle politische Debatte. Am 19. Januar 2023 haben die Fraktionspräsidien und politischen Parteien eine Absichtserklärung unterzeichnet. Nach der gescheiterten Budgetabstimmung Ende 2022 musste ein Weg gefunden werden, wie die Finanzen der Stadt Biel mittelfristig verbessert werden können. Drei Elemente stehen dabei im Vordergrund: Ein besseres Verständnis der Problematik, einen Weg, wie das Problem anzugehen ist und das gegenseitige Vertrauen, diesen Weg zu gehen. Gerade der letzte Punkt ist zentral. Ich zitiere aus Punkt 4 der erwähnten Absichtserklärung: *«Die zur Stabilisierung des städtischen Finanzhaushaltes mittel- und langfristig erforderlichen Massnahmen werden gemeinsam erarbeitet, basieren auf der Finanzstrategie und berücksichtigen mittelfristige Veränderungen der externen Faktoren...»*. Gemeinsames erarbeiten bedeutet, dass Kompromisse gefunden werden müssen. Wenn wir das schaffen, wird das bis anhin in den finanzpolitischen Debatten fehlende gegenseitige Vertrauen aufgebaut. Der Stadtrat hat den Leistungsvertrag mit dem TOBS an seiner Sitzung Ende Juni 2023 angenommen. Wir erinnern daran, dass der Gemeinderat angekündigt hat, in naher Zukunft strategische Überlegungen zur Finanzierung der Kulturinstitutionen anzustellen. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat dazu ein Postulat eingereicht (20230187 «Finanzierung der Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung»). Demgegenüber ist die Ablehnung des Leistungsvertrags mit dem TOBS ein einseitiger finanzpolitischer Schnellschuss. Mit der Absichtserklärung hätte ein solches Vorgehen eigentlich verhindert werden sollen. Die Fraktion Grünes Bündnis aber auch die Parteien und Gruppierungen, die sich in dieser Fraktion zusammengeschlossen haben, hatten beschlossen die Absichtserklärung mitzutragen.

Als Konsequenz daraus stimmten wir dem Budget zu und helfen bei der Erarbeitung der Finanzstrategie mit. Wir haben vor, diesen Weg auch weiterhin zu verfolgen. Offensichtlich ist aber die SVP nicht bereit, auf eine Kampagne zu verzichten und die bis jetzt unternommenen Schritte zu festigen. Mit der öffentlichkeitswirksamen Kampagne gegen das TOBS stellt die SVP die nationale Wahlkampagne über den auf lokaler Ebene gefundenen Kompromiss. Die Fraktion Grünes Bündnis bedauert dies zutiefst.

2. Genehmigung der Traktandenliste

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Traktanden 8.2, Interpellation 20230070 «Politik des Gemeinderates bezüglich der inklusiven Sprache» und 8.5, Interpellation 20230071 «Erhebung von Gebühren bei Behördengängen: Diskriminierung der Frauen» werden auf die nächste Sitzung verschoben, weil Frau Moeschler als Miturheberin der Vorstösse um die Verschiebung gebeten hat.

Aufgrund anderweitiger Verpflichtungen des Stadtpräsidenten werden die Traktanden 8.3, Interpellation 20230069 «Fusion der französischsprachigen regionalen Medien – Welche Auswirkungen hat sie für Biel?», 8.4, Interpellation 20230110 «Situation der Pensionskasse und der Finanzen der Stadt Biel nach dem Zusammenbruch der Credit Suisse!» und 10, überparteiliches Postulat 20230088 «Städtepartnerschaft mit der Ukraine» vorgezogen.

Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen genehmigt.

3. Mitteilungen Stadtratsbüro

Keine Mitteilungen.

4. Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat

Abrechnung(en) in der Kompetenz der GPK:

El Mohib Omar, Ratssekretär: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 7. September 2023 die Abrechnung des Verpflichtungskredites zum Ersatz des Kunstrasens Sportanlage Champagne der Baudirektion in eigener Kompetenz einstimmig und ohne Bemerkungen genehmigt.

5. Interpellation 20230069, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Boly Kady, Fraktion PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, Paronitti Maurice, PRR, Schiess Christophe, Grüne, Roth Myriam, Grüne, «Fusion der französischsprachigen regionalen Medien – Welche Auswirkungen hat sie für Biel?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: La réponse du Conseil municipal a été étudiée avec attention par le Groupe PSR. Dans cette réponse, le Conseil municipal informe qu'un communiqué de presse avait été diffusé. Nous l'avons bien lu et vu. C'est justement ces informations lues et entendues dans les médias qui nous ont interpellés et incités ensuite à déposer cette intervention. Selon le Conseil municipal la fusion de Canal 3 et de RJB renforcerait le paysage médiatique francophone à Bienne. Il n'est pas sûr que tous les romands de Bienne voient la situation de cet oeil. Avec la disparition de Canal 3, c'est un média francophone ancré à Bienne depuis plus de 40 ans qui disparaît et nous le regrettons. Sur le plan de la diversité médiatique, la fusion des deux radios n'est pas une bonne nouvelle pour notre groupe. Par contre, de même que le Conseil municipal nous déplorons que l'option du statu quo n'aie pas été choisie. Cela aurait favorisé les échanges culturels et linguistiques germanophones et francophones confondus. Construire une communication commune allant au-delà des frontières linguistiques en garantissant des informations partagées et diffusées dans les deux langues serait le gage d'un esprit d'ouverture et de cohésion. Le Groupe PSR s'inquiète de ce morcèlement régional. Il faudrait pouvoir envisager que les médias puissent englober les régions de Bienne-Seeland et le Jura bernois. Le principal enjeu pour l'avenir est de s'assurer que les médias continueront à tenir compte de la réalité bilingue, si particulière de Bienne. Dans notre ville, il n'y a pas d'un côté les romands avec leurs médias et les germanophones de l'autre avec leurs médias.

Nous vivons ensemble et à ce titre, le PSR partage l'avis du Conseil municipal que la séparation des deux groupes linguistiques au niveau médiatique, telle qu'elle est en train de se réaliser, représente un risque. Nous attendons de la nouvelle radio RJB, qu'elle porte une attention particulière aux spécificités biennoises, qui diffèrent de celles du Jura bernois. À cet effet, nous partageons à nouveau l'avis du Conseil municipal qu'il est indispensable que RJB maintienne une représentation forte à son studio de Bienne et qu'elle garantisse des échanges avec les autres médias locaux. Il est par ailleurs très important que RJB s'intéresse aussi dans sa ligne éditoriale aux enjeux bilingues et germanophones de notre Ville. RJB doit contribuer à faire vivre le bilinguisme à Bienne comme Canal3 le faisait avant elle. Nous espérons que RJB saura se montrer créative à ce sujet. Par exemple, par l'interview de personnalités germanophones et en intégrant dans son équipe des personnes bilingues sensibles à cette réalité.

D'ailleurs, à propos du nom et du logo, RJB est clairement identifiée comme la radio du Jura bernois. Il serait intéressant de se pencher plus sérieusement sur cette dénomination afin qu'elle soit plus représentative. Nous comprenons que la Ville de Bienne n'a qu'une marge d'influence très réduite dans ce dossier. Il nous semble néanmoins très important que le Conseil municipal continue à suivre attentivement l'évolution de la situation médiatique et entretienne un dialogue régulier avec les entreprises de médias afin de s'assurer que celles-ci tiennent compte de la minorité

francophone mais aussi de la réalité bilingue de Bienne. Nous suivrons avec intérêt le développement de ce nouveau média et n'hésiterons pas, si nécessaire, à intervenir à nouveau dans le débat public. Tout en remerciant le Conseil municipal pour ses efforts consentis dans cette affaire, nous sommes satisfaites de la réponse apportée mais restons très inquiètes par rapport à l'évolution des médias dans notre région. Le Groupe PSR espère vivement que le Conseil municipal continuera à plaider sans relâche dans ce sens et cela pour tous les médias concernés.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Je suis journaliste et je tiens à faire cette déclaration d'intérêt. Qui parmi nous se souvient du «Démocrate», de l'«Impartial», du «Pays» et de l'«Express». Ces quatre quotidiens avaient pourtant un très grand ancrage régional. Lorsqu'ils ont dû fusionner pour des raisons économiques dans leur canton respectif, il y avait des craintes sur les atteintes à la diversité de la presse. Ce n'a pas été le cas. Franchement, aujourd'hui, ce qui menace la diversité de la presse, ce sont deux phénomènes. Le premier, et nous sommes tous coupables, c'est la dictature de l'instantané. Il suffit qu'un Conseiller ou qu'une Conseillère municipal(e) fasse un «pet de travers» pour qu'on le sache sur notre téléphone portable et qu'il y ait des réactions qui exigent d'avoir des analyses. Il n'y a plus de place dans la presse ou pas assez de place pour ce qu'on appelle le journalisme d'investigation. De ce fait, les journaux produisent la même information et les gens commencent à se poser des questions lorsqu'ils voient toujours la même information. Ils se détournent et vont sur les sites internet qui racontent des «fake news».

Il y a un deuxième problème qui est beaucoup plus grave et qui est très politique. Cela concerne les éditeurs. Il faut savoir, aujourd'hui, que les éditeurs sont de moins en moins souvent des journalistes mais des financiers qui sont là pour faire de l'argent. Cela résulte, que nous les journalistes, les membres des rédactions, ne sommes pratiquement plus associés aux grandes décisions stratégiques, qui sont prises dans les médias. Lorsque l'on ose protester ou émettre une réflexion, on nous dit que l'on peut aller bosser pour l'Administration fédérale, où tu seras mieux payé. Nous devons agir mais pas au niveau de Bienne mais plutôt au niveau du Canton et de la Confédération. Je trouve honteux que l'aide à la presse bénéficie à un groupe comme «Tamedia», qui la semaine prochaine va annoncer des décisions qui sont très douloureuses.

Une dernière remarque, qui est tout à fait personnelle. Je ne prétends pas du tout avoir raison, il faudra un jour briser un tabou. En Suisse, la plupart des journalistes n'ont pas le droit de faire de la politique. C'est totalement contraire à notre esprit de Parlement de milice. Lorsqu'ici on parle de l'éducation, vous avez des enseignant(e)s, des directeurs d'école ou autre. Lorsqu'on parle de la santé, vous avez des acteurs de la santé et des représentants de lobbies des caisses maladies qui sont présents et qui peuvent en parler. Lorsqu'on parle d'agriculture, il y a aussi des représentants de la branche pour en parler. Toutefois, lorsqu'on parle des médias, les principaux concernés, les journalistes, doivent se taire. Je pense qu'il faudra agir même si j'ai bien conscience d'être un privilégié, même si c'est le seul domaine dans lequel je suis satisfait.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Stadtratspräsident, ich wünsche Ihnen viel Erfolg in Ihrem Amt. Sie sind voraussichtlich der letzte Stadtratspräsident in meiner Funktion als Stadtpräsident.

Madame Stolz, le Conseil municipal va voir comment les choses se développent. Il est important qu'un échange entre les différents médias continue et se pérennise. Il faut tout de même relever qu'il y a deux médias qui font le travail de traduction. Il s'agit de TeleBilingue et Biel Bienne. Les deux quotidiens ont toujours été séparés et avec une autre orientation. Le Journal du Jura n'est pas uniquement le journal des romands de Bienne mais aussi le journal des jurassiens bernois. Le BielerTagblatt lui s'occupe plus de l'information du Seeland. Chaque média a un autre rôle. Il faut encore dire que Canal 3 n'a jamais été une radio bilingue. Les seules rediffusions bilingues ont été les reportages sur le hockey sur glace. Les plus anciens s'en rappellent certainement. La fréquence de Canal 3 en français a eu un problème dès son lancement. Son canal de diffusion a toujours été Bienne et le Plateau de Diesse. Économiquement, ce choix n'a jamais été viable. Les temps se sont durcis au niveau des médias. Je suis content, aujourd'hui, en prenant en compte la taille de notre Ville, que nous avons une diversité importante de médias. Il faut, dans la mesure du possible, la maintenir et la conserver mais il faut aussi laisser aux entreprises jouer le rôle et chercher des collaborations. Les attentes, que vous avez adressées à RJB, ne sont pas vraiment fondées. RJB couvre déjà depuis longtemps les nouvelles biennoises et je pense que cela va perdurer après la fusion. Le fait d'empêcher ces collaborations entraînerait la dépense de beaucoup d'argent public et la mise en péril de ces médias. Je pense qu'avec les conditions cadres données, cette solution nous donne la plus grande sécurité possible que cette offre médiatique perdure.

Die Interpellantinnen sind von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

- 6. Interpellation 20230110, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, «Situation der Pensionskasse und der Finanzen der Stadt Biel nach dem Zusammenbruch der Credit Suisse!»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Kilezi Ruth, au nom du Groupe PSR: Je serai aussi brève que la réponse du Conseil municipal. Je prends acte avec satisfaction que ni la Ville de Bienne, ni la Caisse de pension de la Ville de Bienne ne sont concernées par la crise de Crédit Suisse. Je suis donc satisfaite de la réponse.

Die Interpellantinnen sind von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

- 7. Überparteiliches Postulat 20230088, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, Roth Myriam, Fraktion Grüne, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, PSR, Sutter Andreas, FDP, Paronitti Maurice, PRR, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Städtepartnerschaft mit der Ukraine»**

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Aus der Beantwortung des Gemeinderats lässt sich zwischen den Zeilen herauslesen, dass der Vorstoss offene Türen einrennt. Mit einem Zeichen der Unterstützung für die von ihrem Nachbarland überfallene Ukraine, zeigt sich die Stadt Biel einmal mehr solidarisch. Bieler Initiativen von Stadtbehörden und Privaten zeigten sich über die vergangenen 80 Jahre immer wieder solidarisch. 1947 hat Biel das Quartier Wien-Floridsdorf mit einer Aktion unterstützt, welche einen Gebäudekomplex hinterlassen hat, der bis heute den Namen der Stadt Biel trägt. In den 1950er Jahren ist Biel mit der Stadt Iserlohn die einzige fixe Städtepartnerschaft eingegangen, die bis heute besteht. Nach dem 2. Weltkrieg sollte damit unser Nachbarland Deutschland wieder in die Staatengemeinschaft Europas eingebunden werden. In den 1980er Jahren gab es die Aktion zur Hilfe der nicaraguischen Stadt San Marcos. Nun liegt der Vorschlag für die Partnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine vor. Ein wenig überrascht sind wir, dass der Gemeinderat eine Partnerschaft mit der Stadt Odessa anstrebt. Odessa ist eine Millionenstadt und die drittgrösste Stadt in der Ukraine. Bei der Einreichung des Postulats haben wir als Partnerstadt eher an eine Stadt in der Grössenordnung von Biel gedacht, um eine Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen. Odessa hat bereits rund drei Dutzend Partnerschaften mit Städten um die ganze Welt. Vielleicht ist aber die Partnerschaft von 1947 mit Wien-Floridsdorf gerade die Inspiration. In einer Stadt wie Odessa könnte gezielt in einem Quartier ein Projekt unterstützt werden.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je rebondis sur le thème car ce postulat est directement lié à mon intervention parlementaire urgente relative au drapeau ukrainien, qui demandait que ce dernier soit retiré, chose faite actuellement. J'avais dit que notre groupe était ouvert à discuter dans cet hémicycle d'un projet de soutien/jumelage qui viendrait par la suite comme cela avait été dit par le Conseil municipal dans sa réponse. Pour l'instant, ce projet est en cours de préparation. On suit donc l'avis du Conseil municipal, qui demande d'adopter ce postulat interpartis.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Einigkeit hier im Stadtrat freut mich sehr. Warum die Stadt Odessa? Vertreter der Stadt Biel gehen nicht in die Ukraine und suchen sich eine Partnerstadt aus. Ein solches Vorhaben läuft über die diplomatischen Kanäle. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) legt ganz klar Wert auf eine Partnerschaft mit Odessa. Es geht um eine technische und projektbezogene Zusammenarbeit, vielleicht beschränkt auf einen Stadtteil von Odessa. Vor ein paar Tagen hat das EDA erneut betont, dass dieser Weg weiter verfolgt werden soll. Es geht nicht um eine Städtepartnerschaft im klassischen Sinn, bei der eine Stadt mit möglichst schönen Rebbergen ausgesucht wird, um dann den Wein von dort zu verkosten. Der Bieler Stadtteil Bötzingen beispielsweise ist eine Partnerschaft mit dem Ort Bötzingen im Schwarzwald eingegangen. Die deutschen Gäste bringen jeweils ihren Wein mit. Mit Städtepartnerschaften in der Ukraine geht es um projektbezogene Unterstützung für das angegriffene Land. Die Grösse der Stadt ist nicht massgebend sondern die konkrete Ausgestaltung des Projekts. So oder so muss zuerst ein Waffenstillstand zustande kommen, bevor ein solches Projekt umgesetzt werden kann.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

Loderer Benedikt, Grüne: Wir setzen die Beratung aus der letzten Stadtratssitzung zu den Fristverlängerungen beziehungsweise Abschreibungen der erheblich erklärten Motionen und Postulate fort.

8. 20230008 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates

Finanzdirektion

1. Postulat 20090432, Donzé Pablo / Fristverlängerung
2. Motion 20130121, Cadetg Leonhard / Abschreibung
3. Postulat 20150086, Tennenbaum Ruth, Güntensperger Nathan / Fristverlängerung
4. Dringliche Motion 20160078, Bohnenblust Peter / Fristverlängerung
5. Überparteiliche Motion 20160111, Haueter Joël, Kaufmann Stefan, Güntensperger Nathan, Gugger Reto / Fristverlängerung
6. Postulat 20170058, Hamdaoui Mohamed / Abschreibung
7. Überparteiliches Postulat 20170289, Känzig Urs, Koller Levin, Bord Pascal / Fristverlängerung
8. Überparteiliches Postulat 20180225, Frank Lena, Schmid Judith, Günther Muriel, Tanner Anna, Roth Myriam / Fristverlängerung
9. Postulat 20190127, Briechle Dennis, Gurtner-Oesch Sandra, Stocker Julien / Fristverlängerung
10. Überparteiliches Postulat 20190385, Suter Daniel, Gurtner-Oesch Sandra, Schneider Sandra, Gugger Reto, Leuenberger Bernhard / Fristverlängerung
11. Postulat 20210095, Koller Levin / Abschreibung
12. Postulat 20210173, Clauss Susanne, Stolz Joseline / Fristverlängerung
13. Dringliches überparteiliches Postulat 20210289, Tanner Anna, Stolz Joseline, Rüber Stefan, Sprenger Titus, Heiniger Peter / Abschreibung

Postulat 20170058, Hamdaoui Mohamed, Fraktion PSR, «Für ein Haus der Vereine»

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Je vous demande **de prolonger de deux ans** l'examen de ce postulat. Je sais très bien que la Ville fait déjà beaucoup pour les institutions socio-culturelles et aussi pour le sport amateur. Pour cela, je l'en remercie du fond du coeur. De plus en plus souvent, les décisions prises sont des solutions provisoires. Je pense qu'il faudrait réussir à trouver des solutions durables. Dans toutes les villes, je pense notamment à Neuchâtel ou Lausanne, où il existe des maisons des sociétés, cela fonctionne très bien et cela permet de créer des synergies pour ces différentes sociétés. Il faut rappeler, qu'actuellement, il devient de plus en plus compliqué de trouver des bénévoles. Je connais la situation financière de la Ville et ne demande en aucun cas du luxe tout en sachant que la priorité au niveau des bâtiments se fait sur les bâtiments scolaires. Je pense qu'une prolongation de deux ans afin de trouver une solution pérenne est une bonne chose. Il est vrai que l'on pourrait penser aux anciens abattoirs même si la rénovation coûtera beaucoup mais on pourrait aussi

penser à un autre lieu. Je voudrais dans tous les cas que ce projet ne soit pas enterré. Je vous remercie de soutenir ma demande.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO unterstützt die Fristverlängerung des vorliegenden Vorstosses, denn das Anliegen ist wichtig. Die Vereinskultur lebt und benötigt Räume. Diese Gruppierungen übernehmen zum Teil Aufgaben, welche die öffentliche Hand nicht leisten kann. Wichtig ist, dass die freiwillige kreative und soziale Arbeit gelebt werden kann.

Heiniger Peter, PdA: Eigentlich übernehmen die Vereine anstelle des Staates einige Pflichten. Diese Institutionen verdienen eine Würdigung. Ich empfehle Ihnen, das vorliegende Postulat nicht abzuschreiben.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Der vorliegende Vorstoss wurde 2017 eingereicht. Bis heute wurde keine geeignete Liegenschaft zu einem bezahlbaren Preis gefunden. Das Anliegen ist populär bei Vereinen und auch den politischen Parteien. Den Vorstoss um weitere zwei Jahre zu verlängern, hält die Hoffnung aufrecht. Es bleibt jedoch eine Hoffnung. Der Gemeinderat ist nicht überzeugt, dass bis 2025 eine Lösung gefunden wird. Im Namen des Gemeinderats empfehle ich Ihnen deshalb, den doch hoffnungslosen Vorstoss abzuschreiben.

Abstimmung

- über den Antrag von Mohamed Hamdaoui, die Frist für das Postulat 20170058 um zwei Jahre bis Ende August 2025 zu verlängern

Der Antrag wird angenommen.

Postulat 20210095, Koller Levin, SP, «Bieler Boden für ein Biel für alle kaufen»

Koller Levin, SP: Im vorliegenden Postulat geht es darum, dass der Gemeinderat entlang der Nord- und Südachse sowie auf dem Gebiet um den Bahnhof Land kaufen soll, das sich für die Wohnraumnutzung eignet. Der Gemeinderat schreibt, dass er das als Daueraufgabe sowieso tut und will das Postulat abschreiben. Ich beantrage, die Frist für das Postulat **um zwei Jahre zu verlängern**. Der Gemeinderat soll aktiv auf die Immobilienbesitzenden zugehen und versuchen, Land zu kaufen. Bis jetzt hat er kein einziges Projekt vorgelegt. Die Forderung ist nicht erfüllt.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Der Gemeinderat hat die Forderung nicht so verstanden wie soeben erläutert. Mit den bestehenden Ressourcen können wir nicht Immobilien und Grundstücke in den spezifischen Gebieten suchen und mit den Eigentümern verhandeln. Diese Tätigkeit umfasst einen grossen Aufwand. Die betroffene Abteilung könnte viele andere Aufgaben nicht erledigen. Wenn Sie mehr machen wollen, ist das mit den bestehenden Ressourcen nicht möglich. Dringende Anpassungen wie das für heute traktandierter Geschäft 20230175 «Schulhaus Platanen / Sofortmassnahmen» müssen prioritär behandelt werden. Das heisst jedoch nicht, dass wir uns nicht um die von Ihnen, Herr Koller, erwähnten Achsen kümmern.

Koller Levin, SP: Sie sagen, dass Sie zu wenig Ressourcen haben. Der Stadtrat hat jedoch das Budget für eine zusätzliche Stelle in der von Ihnen erwähnten Abteilung

genehmigt. Der Gemeinderat hat den Auftrag, im Bereich des städtischen Wohnungsbaus aktiv zu werden. Für den städtischen Wohnungsbau müssen natürlich die geeigneten Parzellen gefunden werden. Dazu gehört auch, bestehende Immobilien zu kaufen und zu vermieten. Wurde die zusätzliche bewilligte Stelle geschaffen? Falls die Abteilung noch nicht verstärkt wurde, hätten Sie ja damit mehr Ressourcen zur Verfügung.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Sie wissen, dass der Stadtrat während den Budgetdiskussionen über diese Position gesprochen hat. Die Umsetzung zur Förderung des städtischen Wohnungsbaus liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Ihnen ist ebenfalls bekannt, dass der Gemeinderat eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben hat. Sobald die Studie vorliegt, wird der Gemeinderat diese auswerten und seine Schlüsse ziehen. Ob das von Ihnen erwähnte Gebiet einen Schwerpunkt bilden wird, bleibt im Moment offen. Zur Zeit ist die zusätzliche Stelle noch nicht besetzt, wie Sie sehr wohl wissen.

Abstimmung

- über den Antrag von Levin Koller, die Frist für das Postulat 20210095 um zwei Jahre bis Ende August 2025 zu verlängern

Der Antrag wird angenommen.

Dringliches überparteiliches Postulat 20210289, Tanner Anna, SP, Stolz Joseline, PSR, Rüber Stefan, Grüne, Sprenger Titus, PAS, Heiniger Peter, PdA, «Erhöhung der Einnahmen der Stadt Biel»

Tanner Anna, SP: Es geht um das wichtige Thema der Sanierung der Finanzen, genauer um die Erhöhung der Einnahmen. Der vorliegende Vorstoss wurde eingereicht mit der Forderung, dass der Gemeinderat nach weiteren Einnahmemöglichkeiten sucht. Der Gemeinderat verweist darauf, dass das Problem mit der Finanzstrategie angegangen wird. Die Finanzstrategie liegt aber noch nicht vor. Der Vorstoss kann deshalb noch nicht abgeschrieben werden. Ausserdem verweist die Finanzstrategie nicht auf konkrete Massnahmen, wie die Einnahmen auf den einzelnen Positionen erhöht werden können. In Zukunft muss unbedingt die Einnahmenseite der Stadt Biel verbessert werden. Der Vorstoss ist auch aus diesem Grund nicht **abzuschreiben**, sondern **um zwei Jahre zu verlängern**.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Frau Tanner, mit diesem Vorstoss tragen Sie Wasser in die Aare. Der Eindruck entsteht, dass einzelne Stadtratsmitglieder vermuten, der Gemeinderat wäre an einer Verbesserung der Einnahmesituation nicht interessiert. Sie können mir glauben, dass es auch den Gemeinderat schmerzen würde, auf die eine oder andere Tätigkeit verzichten zu müssen, sollten die Einnahmen nicht verbessert werden. Er ist jedoch der Meinung, dass in weiten Bereichen, beispielsweise bei den Gebühren bereits das realistisch erwartbare Maximum erreicht ist. Ob Sie den Vorstoss jetzt abschreiben oder nicht, spielt insofern keine Rolle, da der Gemeinderat stets versucht, die Einnahmesituation zu verbessern.

Steinmann Alfred, SP: Ich erinnere mich nicht, dass der Stadtrat zu diesem Postulat einen schriftlichen Bericht erhalten hat. Die Frist ist deshalb unbedingt zu verlängern.

Abstimmung

- über den Antrag von Anna Tanner, die Frist für das Postulat 20210289 um zwei Jahre bis Ende August 2025 zu verlängern

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14.06.2023, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 1.5.1-1), **beschliesst:**

1. Für die Erfüllung des Postulats 20090432, Donzé Pablo, Fraktion Grüne, «Freiraum statt uralte Schiessanlage an der Schützengasse» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
2. Die Motion 20130121, Cadetg Leonhard, FDP, «Perspektiven für das Schulhaus an der Uniongasse» wird als erfüllt abgeschrieben.
3. Für die Erfüllung des Postulats 20150086, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Güntensperger Nathan, GLP, «Für eine zeitgemässe Dossierverwaltung und Informationspolitik ohne Aufschub! » wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
4. Für die Erfüllung der dringlichen Motion 20160078, Bohnenblust Peter, FDP, «Neuregelung Kompetenz für Projektierungskredite» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2024 gewährt.
5. Für die Erfüllung der überparteilichen Motion 20160111, Haueter Joël, SVP, Kaufmann Stefan, FDP, Güntensperger Nathan, GLP, Gugger Reto, BDP, «HRM2-konforme Schuldenbremse für die Stadt Biel» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2024 gewährt.
6. Für die Erfüllung des Postulats 20170058, Hamdaoui Mohamed, Fraktion PSR, «Für ein Haus der Vereine» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
7. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170289, Känzig Urs, Grüne, Koller Levin, JUSO, Bord Pascal, PRR, «Endlich eine zeitgemässe IT-Infrastruktur für das Ratssekretariat» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
8. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20180225, Frank Lena, Grüne, Schmid Judith, PdA, Günther Muriel, SP, Tanner Anna, SP, Roth Myriam, Grüne, «Lohnungleichheit auch im Beschaffungs- und Subventionswesen» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2024 gewährt.
9. Für die Erfüllung des Postulats 20190127, Briechle Dennis, GLP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Stocker Julien, GLP, «Überprüfung und Reform des Beschaffungswesens» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2024 gewährt.
10. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20190385, Suter Daniel, PRR, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Schneider Sandra, SVP, Gugger Reto, BDP, Leuenberger Bernhard, FDP, «Jährliche Investitionsplanungen» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
11. Für die Erfüllung des Postulat 20210095, Koller Levin, SP, «Bieler Boden für ein Biel für alle kaufen» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
12. Für die Erfüllung des Postulats 20210173, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, «Die Expo-Brache endlich zum Leben erwecken» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.

13. Für die Erfüllung des dringliche überparteiliche Postulats 20210289, Tanner Anna, SP, Stolz Joseline, PSR, Rüber Stefan, Grüne, Sprenger Titus, PAS, Heiniger Peter, PdA, «Erhöhung der Einnahmen der Stadt Biel» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.

Direktion Soziales und Sicherheit

1. Postulat 20140081, Hanspeter Habegger / Abschreibung
2. Dringliches Postulat 20170053, Judith Schmid / Abschreibung (Punkt 1-3)
3. Überparteiliches Postulat 20180068, Christoph Grupp, Dana Augsburger-Brom, Maurice Rebetez, Max Wiher, Ruth Tennenbaum, Judith Schmid / Abschreibung
4. Überparteiliches Postulat 20190345, Reto Gugger, Alfred Schor, Peter Bohnenblust / Fristverlängerung
5. Dringliches überparteiliches Postulat 20210091, Tanner Anna, Moeschler Marie, Tennenbaum Ruth, Hamdaoui Mohamed, Roth Myriam / Abschreibung
6. Dringliches überparteiliches Postulat 20210256, Tonon Ariane, Strobel Gianna, Halter Marisa, Stolz Joseline, Tennenbaum Ruth, Hamdaoui Mohamed / Abschreibung

Dringliches Postulat 20170053, Cacciabue Anna Louise (Schmid Judith), Partei der Arbeit Biel, «Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen»

Cacciabue Anna Louise, JS: Der plötzlich ausgebrochene Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, dass eine Direktaufnahme von Flüchtlingen in der Höhe von weit über 300 Personen möglich ist. Die Klimakatastrophe spitzt sich zu, immer mehr Lebensraum verschwindet und in den nächsten Jahrzehnten wird mit immer mehr geflüchteten Menschen zu rechnen sein. Ich bin es leid, immer wieder dieselben Ausreden anhören zu müssen. Geflüchtete sind Menschen und nicht ein Warenbestand, der je nach Kapazität aufgefüllt oder geleert wird. 2023 sind im Mittelmeer so viele Leichen wie noch nie zu beklagen. Die Ignoranz ist getränkt von unmenschlicher Gleichgültigkeit. Die Forderung des Postulats wurde nicht erfüllt deshalb beantrage ich, **die Fristverlängerung um zwei Jahre zu verlängern.**

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: Je partage votre avis, Madame Cacciabue. Derrière chaque réfugié, qui arrive chez nous, se cache un drame humain. Le droit fédéral ne permet pas aux villes, même si elles le souhaitent, d'accepter directement des réfugiés. Le droit fédéral accepte des réfugiés et décide du nombre de personnes à attribuer par canton et ce sont les cantons qui les répartissent dans les communes. Vous avez peut-être récemment vu dans la presse que l'arrondissement de Bienne et région va trouver ces prochaines semaines 312 places pour des réfugiés à Bienne et aux environs. Il ne revient pas seulement à la Ville de proposer des hébergements. Ce travail est en cours entre les communes et la préfecture. Il y aura de nouvelles personnes réfugiées qui vont venir vivre à Bienne mais il n'est pas possible de les accepter directement. Je peux tout à fait comprendre et partager votre souci humain. Si vous souhaitez prolonger ce postulat, vous en avez le droit mais cela ne changera rien au travail quotidien d'accueil des réfugiés. C'est à mon sens de juriste inutile de le faire étant donné que cela est régi par le droit fédéral.

Tanner Anna, SP: Ich möchte etwas richtigstellen. Im vorliegenden Vorstoss geht es auch um die Bekennung zu einem Netzwerk. Der Wille, Solidarität zu zeigen soll in einem Netzwerk nach aussen getragen werden. Netzwerke helfen dabei, Lösungen zu finden, auch wenn die zuständige Bundesstelle das so nicht vorsieht. Mit einer Vernetzung der Städte würde ein starkes Zeichen gesetzt. Ich finde, dass Biel diese Möglichkeit ausloten muss.

Heiniger Peter, PdA: Vor dem Hintergrund des soeben erheblich erklärten Postulats 20230088 «Städtepartnerschaft mit der Ukraine» finde ich die Fristverlängerung des vorliegenden Vorstosses wichtig. Es geht um Unterstützung, die wir bieten können. Die Stadt Biel kann in einem Netzwerk mehr leisten als nur symbolische Unterstützung. Ich empfehle Ihnen, die Frist für das vorliegende Postulat um zwei Jahre zu verlängern.

Abstimmung

- über den Antrag von Anna Louise Cacciabue, die Frist für das Postulat 20170053 um zwei Jahre bis Ende August 2025 zu verlängern

Der Antrag wird angenommen.

Dringliches überparteiliches Postulat 20210256 Tonon Ariane, Grüne, Strobel Gianna, JUSO, Halter Marisa, PdA, Stolz Joseline, PSR, Tennenbaum Ruth, PAS, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Ereignisse in Afghanistan: Die Stadt Biel setzt sich für Menschen in Gefahr ein»

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Wir werden uns der Abschreibung nicht widersetzen. Grundsätzlich müssten alle Menschen, die in Gefahr sind, aufgenommen werden können, unabhängig von einer Mitgliedschaft in einem Netzwerk. Vielleicht müsste in einem neuen Vorstoss gefordert werden, dass die Stadtverwaltung in Biel Bund und Kanton über ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen informiert.

Cacciabue Anna Louise, JS: 2021 wollte der Bundesrat 230 afghanische Geflüchtete aufnehmen. Namentlich ging es um lokale Mitarbeitende mit ihren Familien. Wann endlich wachen wir auf und merken, dass Grenzen töten. Die Schweiz ist daran mitbeteiligt. Die Aussage, dass der Gemeinderat die Situation weiterhin beobachten wird, ist schlichtweg eine Lüge. Nach wie vor dauert in Afghanistan die unhaltbare Situation an. Mittlerweile sprechen die Medien von einer genderbasierten Segregation. Die Menschenrechte sind in Afghanistan eine Utopie, die immer weiter wegrückt, genauso wie die Perspektive eines Lebens in Sicherheit. Den Verweis auf das geltende Bundesrecht verstehe ich. Es ist jedoch an der Zeit, Menschlichkeit zu zeigen und Farbe zu bekennen. Nutzen wir die Chance! Ich beantrage abermals, die Fristverlängerung des vorliegenden Postulats um zwei Jahre.

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: Je peux répéter ce que j'ai dit la dernière fois. Nous sommes toutes et tous d'accord qu'à la lecture des nouvelles de ce qui se passe en Afghanistan, surtout pour les femmes et les filles, fait froid dans le dos. La politique étrangère n'est pas du devoir d'une ville ou d'une commune au sein d'un petit pays. Il s'agit d'une tâche des êtres humains d'agir pour eux-mêmes, mais surtout des pays. Il y a des choses que la Ville peut faire au sens symbolique, comme par exemple rejoindre le «Strong Cities Network» qui lutte contre

la haine et la discrimination au niveau mondial. Cet organisme a été créé en marge des Nations unies à laquelle appartient la Ville de Bienne depuis 2019. Concrètement, aujourd'hui, je peux uniquement dire que je suis horrifiée et attristée par ce qui se passe mais je ne peux rien faire de plus en tant que membre du Conseil municipal.

Abstimmung

- über den Antrag von Anna Louise Cacciabue, die Frist für das Postulat 20210256 um zwei Jahre bis Ende August 2025 zu verlängern

Der Antrag wird durch Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Das Postulat wird abgeschrieben.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14.06.2023, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 1.5.1-1), **beschliesst**:

1. Das Postulat 20140081, Hanspeter Habegger, Fraktion BVP/CVP/BDP, «Auftrag und Gebühren für die Feuerungskontrolle» wird als erfüllt abgeschrieben.
2. Für die Erfüllung die Punkte 1 – 3 des dringlichen Postulats 20170053, Judith Schmid, Partei der Arbeit Biel, «Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
3. Das überparteiliche Postulat 20180068, Christoph Grupp, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Maurice Rebetez, PSR, Max Wiher, GLP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Judith Schmid, PdA, «Vermietung von Mehrweggeschirr» wird als erfüllt abgeschrieben.
4. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulates 20190345, Reto Gugger, BDP, Alfred Schor, EDU, Peter Bohnenblust, FDP, «Überarbeitung Parkierungsreglement» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2024 gewährt.
5. Das dringliche überparteiliche Postulat 20210091, Tanner Anna, SP, Moeschler Marie, PSR, Tennenbaum Ruth, PAS, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, Roth Myriam, Grüne, «Kindergerechteres Asylzentrum in Bözingen» wird als erfüllt abgeschrieben.
6. Das dringliche überparteiliche Postulat 20210256, Tonon Ariane, Grüne, Strobel Gianna, JUSO, Halter Marisa, PdA, Stolz Joseline, PSR, Tennenbaum Ruth, PAS, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Ereignisse in Afghanistan: Die Stadt Biel setzt sich für Menschen in Gefahr ein» wird als erfüllt abgeschrieben.

Direktion Bildung, Kultur und Sport

1. Überparteiliches Postulat 20210051, Tonon Ariane, Koller Levin, Tennenbaum Ruth, Stolz Joseline / Fristverlängerung
2. Überparteiliches Postulat 20210175, Tonon Ariane, Roth Myriam, Stolz Joseline, Moeschler Marie, Iseli Isabelle / Fristverlängerung

Das Wort wird nicht gewünscht.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 6. Juni 2023, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 1.5.1-1), **beschliesst**:

1. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulates 20210051, Tonon Ariane, Fraktion Grüne, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!, Stolz Joseline, Fraktion PSR, «Öffentlicher Raum im Quartier Madretsch Nord» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2024 gewährt.
2. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulates 20210175, Tonon Ariane, Grüne, Roth Myriam, Grüne, Stolz Joseline, PSR, Moeschler Marie, PSR, Iseli Isabelle, Grüne, «Ungenügenden Zugang zu Menstruationsprodukten in Biel beenden» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

1. Motion 20130166, Salome Strobel / Fristverlängerung
2. Überparteilicher Vorstoss 20130267, Max Wiher, Urs Brassel, Pablo Donzé, Salome Strobel, Friedrich Thomke / Fristverlängerung
3. Überparteiliches Postulat 20170084, Miro Meyer, Levin Koller, Julien Stocker, Lena Frank / Fristverlängerung
4. Postulat 20180370, Dennis Briechle / Fristverlängerung
5. Postulat 20190089, Christoph Grupp / Fristverlängerung
6. Überparteiliches Postulat 20190251, Peter Heiniger, Dana Augsburger-Brom, Titus Sprenger / Fristverlängerung
7. Motion 20200254, Frank Lena / Fristverlängerung
8. Postulat 20210023, De Maddalena Daniela / Fristverlängerung
9. Postulat 20210024, Hamdaoui Mohamed / Abschreibung
10. Postulat 20210153, Scheuss Urs / Fristverlängerung
11. Postulat 20210151, van der Meer Marion / Abschreibung
12. Überparteiliches Postulat 20210217, Schlup Nina, Heiniger Peter / Fristverlängerung
13. Postulat 20210220, De Maddalena Daniela / Fristverlängerung

Postulat 20210024, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Mehr öffentliche Sitzbänke für die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs»

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Je n'aime pas du tout personnaliser la politique mais pour une fois je vais le faire. On vient de traverser une période de canicule et cet épisode va se répéter et s'amplifier ces prochaines années. Je vous jure que lorsqu'on est handicapé, ce qui est mon cas, et vieux, ce qui n'est pas encore totalement mon cas, attendre le bus sous cette chaleur sans pouvoir s'asseoir c'est insupportable. Je ne demande pas du luxe au travers de ce postulat. Je ne veux pas un abri bus avec de l'air climatisé, du wifi et une hôtesse ou un hôte qui apporte des boissons fraîches. Je demande de la dignité et c'est ce qu'on appelle le service public. Je sais très bien que la Ville fait déjà beaucoup dans ce domaine et qu'il n'est pas possible de mettre des bancs partout. J'estime malgré tout qu'il faut mettre un peu la pression au Conseil municipal. Je sais que la Directrice des travaux publics est très soucieuse de cette question. Je n'exclus toutefois pas, que dans les prochaines années, elle occupera d'autres fonctions au Conseil municipal et j'aimerais bien que dans ce cas-là, la personne qui sera amenée à lui succéder ait une épée de Damoclès sur la tête. Je

vous demande **de prolonger de deux ans** ce postulat pour ces raisons afin de donner de la dignité aux personnes plus vulnérables.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich versichere Ihnen, dass das Anliegen eine Daueraufgabe ist. Wie in der Beantwortung erwähnt, setzt die Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) pro Jahr 10 Bänke an Bushaltestellen. Wir sind uns der Problematik bewusst. Der Antrag zur Abschreibung des vorliegenden Postulats bedeutet nicht, dass wir diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen wollen, sondern dass sie eine Daueraufgabe ist. Dementsprechend ist der Druck durch ein hängiges Postulat nicht notwendig. Ich danke Ihnen für die Abschreibung des Postulats.

Abstimmung

- über den Antrag von Mohamed Hamdaoui, die Frist für das Postulat 20210024 um zwei Jahre bis Ende August 2025 zu verlängern

Der Antrag wird angenommen.

Überparteiliches Postulat 20210217, Schlup Nina, JUSO, Heiniger Peter, PdA, «Biel wird autofrei»

Cacciabue Anna Louise, JS: Wir begrüßen die Fristverlängerung des vorliegenden Postulats, da die Forderung klar nicht erfüllt ist. Allerdings erstaunt mich die Begründung, denn darin wird auf die Klimastrategie 2050 verwiesen. Schön ist, dass der Gemeinderat die Klimastrategie ernst nimmt, auch wenn die Umsetzung bis 2050 sehr spät ist. Es geht jedoch nicht nur um CO₂, sondern um Lebensqualität. Eine autofreie Stadt könnte endlich nach den Bedürfnissen der Menschen gestaltet werden. Ausserdem wird auf die Stadtklimainitiative hingewiesen. Weniger Parkplätze und mehr Grünflächen wären schön. Das ist jedoch nicht dasselbe wie eine autofreie Stadt. Des Weiteren wird das Projekt Mobilitypricing erwähnt, das aber wirklich nicht das Gleiche ist wie eine autofreie Stadt. Mobilitypricing basiert auf einem Tarif, der je nachdem zu welchem Zeitpunkt gefahren wird, weniger oder mehr kostet. Das heisst, wer zu Stosszeiten zur Arbeit fahren muss, bezahlt mehr und wer seine Zeit selber einteilen kann, profitiert. Wer nicht zur besitzenden Klasse gehört, wird also doppelt bestraft. So kommen Menschen, die von Lohnarbeit abhängig sind einmal mehr zu kurz. Das ist unsozial und auch nicht autofrei. In Biel können wir das besser. Für eine autofreie Stadt müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um Menschen weg vom Auto zu bringen. Diejenigen zu bestrafen, welche durch feste Arbeitszeiten und fehlende öffentliche Verkehrsmittel zum Gebrauch des Autos gezwungen werden, ist falsch. Eine autofreie Stadt braucht eine soziale Transformation und nicht ein weiteres Preisschild. Ich erinnere den Gemeinderat daran, dass die Forderung nach einer autofreien Stadt genau dies verlangt und nicht asoziale Gebühren. Ich hoffe, dass der Gemeinderat die nächsten Jahre nutzen wird, um eine bessere Umsetzungsmöglichkeit auszuarbeiten.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14. Juni 2023, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 bzw. Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 1.5.1-1), **beschliesst:**

1. Für die Erfüllung der Motion 20130166, Salome Strobel, Fraktion SP, «Für eine attraktive Langsamverkehrsachse Madretsch-Innenstadt im Zusammenhang mit dem Bau der Esplanade» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
2. Für die Erfüllung des überparteilichen Vorstosses 20130267, Max Wiher, Fraktion GLP, Urs Brassel, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Pablo Donzé, Fraktion Grüne, Salome Strobel, Fraktion SP, Friedrich Thomke, Fraktion BVP/CVP/BDP, «Mehr Sicherheit für den Langsamverkehr rund um den Kreuzplatz» (Punkte 1 und 3 Motion, Punkt 2 Postulat) wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
3. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170084, Miro Meyer, JUSO, Levin Koller, JUSO, Julien Stocker, GLP, Lena Frank, Grüne, «Bericht des Gemeinderates über die künftigen Entwicklungen sowie Handlungsmöglichkeiten im Klimabereich» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
4. Für die Erfüllung des Postulats 20180370, Dennis Briechle, GLP, «Vervollständigung Gartenstrasse» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
5. Für die Erfüllung des Postulats 20190089, Christoph Grupp, Grüne, «Bauen in Zeiten des Klimawandels» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
6. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20190251, Peter Heiniger, PdA, Dana Augsburger-Brom, SP, Titus Sprenger, Passerelle, «Einführung von flächendeckendem Tempo 30 in der Stadt Biel / Für aktiven Umweltschutz und eine Erhöhung der Lebensqualität» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
7. Für die Erfüllung der Motion 20200254 Frank Lena, Grüne, «Nachhaltige Submission» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
8. Für die Erfüllung des Postulats 20210023, De Maddalena Daniela, Grüne, «Verkehrsberuhigungsmassnahmen für die Zufahrtsstrassen zum Spitalzentrum» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
9. Für die Erfüllung des Postulats 20210024, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Mehr öffentliche Sitzbänke für die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
10. Für die Erfüllung des Postulats 20210153, Scheuss Urs, Grüne, «Bahnhofausgang Aarbergstrasse zu einer Visitenkarte machen» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2024 gewährt.
11. Das Postulat 20210151, Van der Meer Marion, Grüne, «Sichere Schulwege» wird als erfüllt abgeschrieben.
12. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20210217, Schlup Nina, JUSO, Heiniger Peter, PdA, «Biel wird autofrei» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.
13. Für die Erfüllung des Postulats 20210220, De Maddalena Daniela, Grüne, «Freie Parkplätze für HandwerkerInnen in der Innenstadt» wird eine Fristverlängerung bis Ende August 2025 gewährt.

9. 20230169 Erwerb Geschäftsliegenschaft Gerbergasse 18 in Biel / Biel-Grundbuchblatt Nr. 2038 / Verpflichtungskredit

Lehmann Caroline, GPK: Mit dem vorliegenden Bericht, beantragt der Gemeinderat einen Verpflichtungskredit über CHF 1'520'000 für den Kauf der Geschäftsliegenschaft an der Gerbergasse 18. Die Liegenschaft befindet sich an der Grenze zwischen der Alt- und der Neustadt und bildet zusammen mit der Ablassmatte und der bereits bebauten Oberen Schüsspromenade, welche aus Wohnungen, Gewerbeflächen und dem Altstadt Parking besteht, das Planungsgebiet «Neumarkt-Gerbergasse». Das Gebäude auf der Liegenschaft stammt aus den 1950er Jahren und weist glücklicherweise eine relativ geringe Schadstoffbelastung aus. Die Eigentümerschaft hat jedoch in den letzten Jahren nur geringfügig in die Instandhaltung des Gebäudes investiert. Dementsprechend ist es nicht in einem Top-Zustand und hat einen eher tiefen Wert. Dies spielt für die Stadt aber keine grosse Rolle, da sie primär an der Landparzelle interessiert ist. Das Gebiet «Neumarkt-Gerbergasse» ist von strategischer Bedeutung für die Stadt Biel, da es sehr zentral gelegen und die Gerbergasse 18 für die Entwicklung des Quartiers ein essenzieller Bestandteil ist. Der Gemeinderat plant nicht, das aktuell dort stehende Gebäude zu erhalten, sondern es mittel- bis langfristig abreißen zu lassen. Zusammen mit dem restlichen Gebiet der Ablassmatte soll die Weiterentwicklung der Oberen Schüsspromenade ermöglicht werden.

Die GPK stellt fest, dass der Landpreis im Vergleich zum Gebäudewert mit über CHF 3'000 pro Quadratmeter sehr hoch angesetzt ist. Dies hat gemäss Bericht einerseits mit der hohen Ausnützungsziffer zu tun aber auch mit dem eher hohen Ertragswert. Die GPK empfindet die Begründung für den hohen Landwert als plausibel und erachtet den Kauf der Geschäftsliegenschaft als strategisch sehr sinnvoll. Wir begrüssen ausserdem, dass die laufenden Mietverträge weitergeführt und damit bis zum Start einer Überbauung Mieteinnahmen generiert werden. Bei der Beratung zum Geschäft haben wir uns eine kleine Frage gestellt, welche der zuständige Gemeinderat vielleicht beantworten kann. Es geht um die Parkplatzsituation: Gemäss Bericht werden dem aktuellen Hauptmieter der Gerbergasse 18 von der Stadt weiterhin 8 Parkplätze kostenfrei zur Verfügung gestellt. Diese Abmachung ist nicht Bestandteil des laufenden Mietvertrages, welchen die Stadt mit dem Kauf der Liegenschaft übernimmt. Da der Gemeinderat finanziell dringend nach neuen Einnahmen suchen muss, haben wir uns gefragt, ob denn geprüft wurde, diese Parkplätze neu gegen eine Gebühr zu vermieten? Die GPK bedankt sich für eine kurze Antwort auf die Frage und empfiehlt unabhängig davon das Geschäft zur Annahme.

Oberle Fabio, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO findet den Kauf der Liegenschaft an der Gerbergasse aus mehreren Gründen sinnvoll: Die an das Gebäude angrenzende Brache gehört bereits der Stadt. Eine zukünftige Nutzung und Bebauung des Gebiets vereinfacht sich erheblich, wenn das Gebäude, welches mittel- bis langfristig sowieso abgerissen wird, ebenfalls der Stadt gehört. Dadurch sichert sich die Stadt nicht nur Gestaltungsspielraum für die zukünftige Entwicklung des Quartiers, sondern auch eine langfristige Einnahmequelle. Für die Fraktion SP/JUSO ist klar: Dieses Areal eignet sich hervorragend für einen zukünftigen kommunalen Wohnungsbau. Zum Zeitpunkt der frühestens möglichen Überbauung sollten die Prozesse in der Stadtverwaltung hinsichtlich des kommunalen Wohnungsbaus soweit sein, um dort eines der ersten wegweisenden Projekte entstehen zu lassen. Aus diesen

Gründen wird die Fraktion SP/JUSO dem Geschäft einstimmig zustimmen und dankt den Verantwortlichen für den Bericht und die geleistete Arbeit.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Das vorliegende Geschäft hat zwei Seiten. Einerseits wird eine strategisch wichtige Parzelle erstanden. Die Liegenschaft ist das fehlende Puzzlestück, welches erlaubt, im Perimeter Obere Schüsspromenade etwas Sinnvolles zu planen. Andererseits kauft die Stadt Biel eine Liegenschaft, um sie abzureissen. Auf den Quadratmeter gerechnet wird das Ganze deshalb ziemlich teuer. Immerhin generiert die Liegenschaft noch einige Jahre lang Mietzinseinnahmen von ungefähr CHF 60'000 pro Jahr. Über die Jahre hinweg werden damit die Kosten für den Kauf einer Abbruchliegenschaft teilweise kompensiert. Nicht vergessen werden darf dabei der aufgestaute Unterhalt der Liegenschaft. Der aktuelle Zustand erfordert einzelne Sanierungsmassnahmen. Wir haben uns auch die Frage gestellt, wieso die acht Parkplätze gratis zur Verfügung gestellt werden. Etwas unbefriedigend ist nicht das Geschäft an und für sich, sondern die Umstände. Die Stadt gibt Geld aus für ein Abbruchobjekt. Die Fraktion Grünes Bündnis findet abbrechen grundsätzlich nicht toll. Wenn es jedoch die Stadt nicht macht, würde es wohl jemand anderes machen. Der Kauf der Liegenschaft spielt für den Perimeter eine wichtige Rolle, deshalb stimmt die Fraktion Grünes Bündnis dem Geschäft zu. Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Frage.

Gerber Andreas, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP hat das vorliegenden Geschäft eindringlich geprüft. Gegen eine Annahme des vorliegenden Verpflichtungskredites spricht nichts. Ich empfehle Ihnen wärmstens, den vorliegenden Entwurf anzunehmen.

Torriani Latcha Isabelle, au nom du Groupe PSR: Notre groupe partage les avis déjà exprimés mais nous souhaitons les dire en français. Nous constatons que dans cette affaire, le prix du m² est très élevé. Cependant, l'achat de cet immeuble a du sens puisqu'il permettra le développement de ce quartier. À la lecture de ce rapport, on comprend que le bâtiment dont il est question ne sera pas rasé prochainement et que la Ville continuera de percevoir un loyer durant ces prochaines années. Toutefois, nous nous demandons pourquoi les places de parc existantes sur ce terrain ne sont-elles pas louées.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist der Nutzen der Parzelle für die Stadt Biel unbestritten. Die zentrale Lage, attraktive Gebäude, sowie Wohn- und Geschäftsmöglichkeiten. Die heutige Situation auf der Ablassmatte ist nicht attraktiv, auch wird das Potenzial nicht genutzt. Mit Abschluss des Kaufvertrags gewinnen wir nun Gewissheit. Nach einer Übergangszeit kann ein neues Projekt entwickelt werden. Die Übergangszeit schafft aber auch Sicherheit für die heutigen Mietparteien. Wir empfehlen das vorliegende Geschäft ebenfalls zur Annahme.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Vielen Dank für die breite, positive Aufnahme des vorliegenden Geschäfts. Es gab noch die Frage betreffend die Parkplätze. Im Vertrag werden diese den Mietern gratis zur Verfügung gestellt. Mit dem Kauf der Liegenschaft hat sich die Stadtverwaltung verpflichtet, den bestehenden Mietvertrag zu übernehmen. Zur Mietnutzung gehört die Gratisnutzung der Parkplätze. Eine Änderung würde dazu führen, dass der Mietvertrag aufgelöst werden müsste. Dies hätte eventuell geringere Mieteinnahmen zur Folge. Aus Rentabilitätsgründen hat sich der Gemeinderat entschlossen, die Mietverträge ohne Änderung zu übernehmen. Das

Ende der Nutzungsdauer der Liegenschaft ist absehbar. Vor diesem Hintergrund ist eine Änderung nicht sinnvoll.

Abstimmung

Mit einer grossen Mehrheit stimmt der Stadtrat dem Verpflichtungskredit zu.

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderats vom 28.06.2023, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst:**

1. Für den Erwerb der Geschäftsliegenschaft an der Gerbergasse 18 Biel-Grundbuchblatt Nr. 2038 gemäss Kaufvertrag vom 9. März 2023 (Urschrift Nr. 1773 von Notar Koziol Biel) in das Finanzvermögen und die Kaufkosten wird der Verpflichtungskredit Nr. 22000.0229 in der Höhe von 1 520 000 Franken bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug des Geschäfts beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Wird ein Sitzungsunterbruch gewünscht? Ich sehe, Sie wünschen eine Pause. Vorher beraten wir noch das folgende Geschäft.

10. 20230174 Erneuerung des Baurechtsvertrages für die Stiftung Battenberg an der Südstrasse 55 auf dem Grundstück Biel-Grundbuchblatt Nr. 8947

Torriani Latscha Isabelle, au nom de la Commission de gestion: Le renouvellement de ce contrat de droit de superficie est incontestable. Conclu en 1963 pour une durée de 60 ans, le contrat arrive à échéance pour la fin de cette année. Il doit être prolongé à compter du 1^{er} janvier 2024 à nouveau pour une durée de 60 ans, soit jusqu'au 31 décembre 2083. Le nouveau contrat donne à la Fondation Battenberg le droit de prolonger encore le contrat de dix ans supplémentaires aux mêmes conditions. La Fondation Battenberg est un atout pour notre Ville et pour toute la région. Elle est très active dans l'encadrement, la formation professionnelle et l'insertion ou la réinsertion de personnes en difficultés ou en situation de handicap physique et/ou psychique. Elle emploie également un bon nombre de collaborateurs. Ce renouvellement du droit de superficie est une affaire financière puisqu'il engendrera un revenu de CHF 122'375/an. Enfin, la nouvelle estimation du terrain, qui a été faite en septembre 2021, l'a fixé à CHF 4'453'600 et donne un gain comptable de CHF 3'320'460 versé au compte «Gain comptable issus des biens-fonds du patrimoine financier». Il n'y a donc, dans cette affaire, que des avantages à accepter ce renouvellement de contrat. La Commission de gestion vous recommande d'accepter l'arrêté du Conseil municipal.

Vlaiculescu-Graf Christiane, au nom du Groupe PSR: Cette fondation est très importante pour la Ville, pour la région et pour le Canton. Elle participe à la formation et à l'insertion de personnes en situation de handicap. Le PSR y est très attentif et est très content que l'on en parle, ici au Conseil de ville. Il faut aussi noter qu'elle emploie 110 personnes dont 40 pour la formation. Le terrain de 5'000 m² se trouve en zone

mixte et le bâtiment de la fondation comporte, au rez-de-chaussée, un restaurant, des ateliers d'imprimerie et de mécanique et aux 2^{ème} et 3^{ème} étages des logements encadrés pour une vingtaine de personnes. Je pense que c'est important. Il est à saluer que la Ville reste propriétaire du bien-fonds et que le taux de 2.75% qui est appliqué à la rente du droit de superficie tient compte du fait que c'est une affectation combinée, logements et commerces. La Ville a donc tout à y gagner, comme l'a souligné la représentante de la Commission de gestion, puisque la valeur de ce bien a été réévaluée. Une différence de plus de 3 millions de fr., qui doit être mise au compte du patrimoine de la Ville. Il ne faut pas non plus négliger la rente du droit de superficie qui est un plus pour la Ville. Le Groupe PSR est favorable à ce renouvellement de contrat qui permet aussi à la fondation de pérenniser son engagement. Elle prévoit aussi de construire un bâtiment au Faubourg du Jura. Le Groupe PSR soutient cette demande et vous demande d'un faire de même pour la Ville et pour la Fondation Battenberg.

Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR soutient le renouvellement du contrat de droit de superficie. Indépendamment des aspects techniques et financiers de cet objet, notre groupe considère le travail remarquable qui est fait par cette fondation, notamment au service des membres les plus faibles de notre société. Cela doit pouvoir continuer. J'aimerais aussi profiter de la situation pour saluer l'énorme engagement du président de la Fondation Battenberg, Monsieur Jean-Daniel Pasche, et du directeur de l'institution, Monsieur Markus Gerber ainsi que l'ensemble de leurs collaborateurs et collaboratrices.

Bucher Juliet, Fraktion SP/JUSO: Die Stiftung Battenberg widmet sich der Integration und der Unterstützung von beeinträchtigten Menschen. Sie bietet Berufsausbildungen an und ermöglicht den Menschen einen Platz in der Berufswelt und auch in der Gesellschaft. Im Weiteren sorgt die Stiftung Battenberg für eine möglichst selbstständige Lebensführung der betroffenen Personen. Der Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Biel und der Stiftung Battenberg soll um 60 Jahre verlängert werden. Zusätzlich wird eine Option für eine zehnjährige Verlängerung festgelegt. Einem erheblichen Buchgewinn von CHF 3,3 Mio. aus der Liegenschaft steht ein Baurechtszinsertrag von circa CHF 122'000 gegenüber. Eine Alternative zum vorliegenden Vertragsentwurf liegt nicht vor. Wird das Objekt nicht vor Ende 2023 im Grundbuch eingetragen, ergibt sich ein Heimfall an die Stadt Biel. Dies würde der Stadt Biel viel Geld und der Stiftung möglicherweise ihre Existenz kosten. Bei einer ordentlichen Abwicklung entstehen der Stadt keine Kosten und der Betrieb der Stiftung geht nahtlos weiter. Der Gemeinderat beantragt die Verlängerung des Vertrags zu den neuen Bedingungen. Die Fraktion SP/JSUO stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Stadtrat die Annahme des Geschäfts.

Lehmann Caroline, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ hat das vorliegende Geschäft behandelt und stimmt diesem freudig zu. Wir möchten uns bei der Stiftung Battenberg bedanken. Sie erbringt eine wertvolle Leistung für die Stadt und für Personen, die es nicht immer einfach haben. Alles zu tun, um die Stiftung zu erhalten, ist sehr wichtig. Mit der Zustimmung zum vorliegenden Geschäft einen kleinen Beitrag zu leisten, freut uns sehr.

Sprenger Titus, Fraktion Grünes Bündnis: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer Fragen. Da der Bericht keine Angaben zu den aktuellen Einnahmen bezüglich Baurechtszins enthält, haben wir nachgefragt. Der Baurechtszins 2022 soll basierend auf einem Landwert von CHF 1,1 Mio. rund CHF 28'000 betragen

haben. 2023 soll der Baurechtszins bei rund CHF 85'000 liegen, dies bei einem neuen Landwert von CHF 3 Mio. 2024 soll der Baurechtszins bei einem nochmals höheren Landwert von knapp CHF 4,5 Mio. und einem Zinssatz von 3,25% bei rund CHF 144'000 zu liegen kommen. Im Bericht ist nur von einem jährlichen Ertrag von CHF 122'000 die Rede. Falls Sie jetzt von diesen Zahlen verwirrt sind, wir sind es auch. Wir hätten uns gewünscht, genauere Angaben im Bericht vorzufinden. Sowohl der Landwert als auch der Baurechtszins verändern sich um ein Mehrfaches ihres bisherigen Wertes. Das vorliegende Geschäft würde dem Stadtrat nicht unterbreitet, wenn die Baurechtsnehmerin mit diesen Veränderungen nicht einverstanden wäre. Deshalb ändert sich an unserer Bereitschaft zur Zustimmung dieses Geschäfts nichts. Bemerkenswert scheint uns die einmalige und einseitige Option einer Verlängerung um weitere 10 Jahre des Baurechts. Auf unsere Frage nach dem Sinn dieser Option, liess der Gemeinderat uns wissen, dass damit die Baurechtsnehmerin die Möglichkeit hätte, ihren Planungshorizont zu verlängern. Ob diese Option nötig ist, darf in Frage gestellt werden. In jedem Fall ist erfreulich, dass der Klimaschutz Eingang in die Baurechtsverträge findet. Trotz der angesprochenen Punkte wird die Fraktion Grünes Bündnis dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Die breite Zustimmung zum vorliegenden Geschäft war zu erwarten, freut mich aber trotzdem. Wir alle haben irgendwelche Verbindungen zur Stiftung Battenberg. Vielleicht kennen wir Leute als Bewohnende oder Mitarbeitende. Der Stiftung für ihre Tätigkeit zu danken, ist sinnvoll und schön. Seit den frühen 1960er Jahren nimmt die Stiftung ihre Aufgabe wahr. In diesem Sinne verdient die Stiftung nicht nur unseren Dank, sondern auch die breite Unterstützung der Baurechtsverlängerung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 28. Juni 2023, gestützt auf Art. 39 Abs. 1, Bst. c in Verbindung mit Art. 14 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **vorbehältlich des fakultativen Referendums, beschliesst mit 53 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen:**

1. Das Baurecht Biel-Grundbuchblatt Nr. 8947 im Halte von 5000 m² wird gemäss Baurechtsvertrag vom 8. Mai 2023, Urschrift Nr. 11'440 von Notarin Monika Guggisberg für die Stiftung Battenberg um 60 Jahre bis zum 31. Dezember 2083 verlängert wie folgt:
2. Der aus dem Geschäft resultierende Buchgewinn in der Höhe von CHF 3 320 460.00 wird der Spezialfinanzierung Konto 29300.2200 «Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» gutgeschrieben.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die Finanzdirektion (Abteilung Liegenschaften) zu delegieren.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Vor der Pause behandeln wir die Begründung des dringlichen Vorstosses.

11. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Motion 20230237, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Moeschler Marie, Fraktion PSR, «Finanzkommission jetzt!»

Clauss Susanne, SP: Wir haben mehrmals über die aktuelle Organisation im Zusammenhang mit der Finanzhaushaltssanierung, welche die Fraktionspräsidien sowie die GPK umfasst, diskutiert. Nun stellen wir fest, dass sie nicht dem entspricht, was am runden Tisch erarbeitet wurde. Ich vermute, diese Diskussion fand in allen Fraktionen statt. Deshalb schlagen wir vor, eine befristete Finanzkommission zu gründen. Dringlich ist der Vorstoss deshalb, weil wir die Kommission sofort brauchen und nicht erst in einem halben Jahr.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 19.50 - 20.50 Uhr.

12. 20230175 Schulhaus Platanes / Sofortmassnahmen /Verpflichtungskredit

Zumstein Joël, GPK: Das Schulhaus Platanes ist heute in einem sehr schlechten Zustand. Die Situation ist ernst. Falls jetzt nicht gehandelt wird, droht sogar die Gebäudeschliessung aus Sicherheitsgründen. Deshalb müssen dringend Sofortmassnahmen ergriffen werden, insbesondere sind dies Notmassnahmen zur Sicherung der Fassaden. Aus den abgesprungenen Kanten und Ecken kommt Asbest zum Vorschein. Zur Vermeidung einer Gesundheitsgefährdung müssen diese Schäden dringend saniert werden. Weitere Notmassnahmen dienen dem Brandschutz und dem Erhalt der Gebäudetechnik. Diese Massnahmen sollen die Zeit bis 2029 überbrücken. Parallel dazu soll eine Machbarkeitsstudie zur Sanierung oder zu einem allfälligen Neubau durchgeführt werden. Die Machbarkeitsstudie ist nicht Bestandteil des vorliegenden Verpflichtungskredites. Es besteht auch keine formelle Abhängigkeit der beiden Geschäfte. Die Annahme oder Ablehnung heute hat keinen Einfluss auf das andere Geschäft. Der vorliegende Verpflichtungskredit beläuft sich auf CHF 510'000 und führt zu jährlichen Folgekosten in der Höhe von rund CHF 14'000. Abschliessend bringe ich eine formelle Bemerkung an. Im Beschlussentwurf ist die Kreditnummer 54000.0587 vermerkt. Diese Nummer ist falsch und muss angepasst werden. Die richtige Nummer lautet 54000.0592. Die GPK empfiehlt das Geschäft zur Annahme.

Schiess Christophe, au nom du Groupe Alliance Verte: Je porte ici la parole de Madame Tonon, qui n'est malheureusement pas présente ce soir. Le Groupe Alliance Verte appelle à accorder le crédit d'urgence demandé ici. Ceci, car il est considéré que le mauvais état des infrastructures de l'école des Platanes constitue un risque très sérieux pour la sécurité des élèves, du corps enseignant et de toutes les personnes amenées à fréquenter les lieux. Il suffit de citer parmi les risques, les morceaux de béton qui se détachent de l'armature, les battants des fenêtres qui menacent de tomber ou encore la tuyauterie qui fait des siennes, pour comprendre l'urgence de cette demande. Il faut encore ajouter que la sécurité incendie est nulle par manque de chemins de fuite ou encore que l'amiante risque de libérer des fibres, suite à la détérioration du bâtiment. Ces travaux d'urgence sont donc indispensables en attendant qu'une rénovation ou nouvelle construction puisse être entreprise. J'aimerais

ajouter encore deux petites remarques. Tout d'abord une question un peu rhétorique. Comment a-t-on pu en arriver là? Comme dirait le capitaine Hadock: «*Je pense que c'est à la fois très simple et très compliqué.*» Il y aura une étude de faisabilité qui arrivera peut-être à la conclusion que la variante la plus pertinente sera de démolir puis de reconstruire. En arriver là simplement car un bâtiment n'a pas assez été entretenu serait très grave d'un point de vue de l'empreinte carbone. Si je reprends le slogan «*neu nutzen statt abreißen*», cela serait dommage que parce qu'on a négligé, pour de bonnes raisons peut-être, qu'on en arrive à démolir une substance. Prenons soin de notre patrimoine bâti.

Ma deuxième remarque concerne le rapport du Conseil municipal que je remercie car il convainc d'approuver ce crédit. Au point 12, «Conséquence en cas de non application ou de mise en oeuvre retardée», on y apprend que si ce crédit viendrait à ne pas être approuvé ce soir, il ne sera pas envisageable de prendre la responsabilité de continuer à utiliser le bâtiment. Pour moi, il serait intéressant de savoir les conséquences que cela entraînerait. En d'autres termes: que fait-on des écoliers et écolières? C'est un peu le couteau sous la gorge mais aussi avec conviction que l'Alliance verte va approuver cette demande.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Je vais compléter et en partie redire ce qui a déjà été dit mais je pense que c'est important de le répéter. C'est avec une certaine irritation que le Groupe PSR a pris connaissance et a étudié attentivement ce dossier traitant du crédit d'engagement pour l'école des Platanes et des mesures urgentes de sécurisation du bâtiment en attendant qu'une étude de faisabilité, qui déterminera les variantes choisies pour la réalisation non pas du bâtiment mais de la mise au concours, pour aboutir à la concrétisation, soit de l'assainissement du bâtiment ou d'une nouvelle construction, prévue fin 2028. Pouvons-nous nous permettre d'attendre aussi longtemps. Il y a quelques temps, il me semble, il était question de raser ce bâtiment et de reconstruire. Actuellement, on parle de deux variantes. Pour rappel, en février 2023, on apprenait dans la réponse à l'interpellation de Monsieur Ruber, que le début des travaux de construction de remplacement et d'extension du collège des Platanes, se ferait en 2027. Pourquoi, six mois plus tard, nous sommes bien moins avancés et comment expliquez-vous ce revirement de situation avec une attente supplémentaire conséquente de deux ans? Ne devons-nous pas mettre la priorité sur ce bâtiment qui est en total délabrement? Il y a urgence à garantir la sécurité des élèves, du corps enseignant et des employés sur ce site.

Certes, ce crédit d'engagement est justement là pour mettre en place des mesures urgentes au plus vite mais permettez-moi d'en douter quand je lis, au point 6.2 du calendrier, que les mesures urgentes vont se réaliser au fur et à mesure et selon les besoins entre 2023 et 2029. Vous dites encore qu'il faut sécuriser les façades, que les fenêtres menacent de se désolidariser, que des travaux de carrelages qui contiennent de l'amiante doivent être réalisés, que la sécurité et la protection contre les incendies doit être mise aux normes et que la préservation du bon fonctionnement des installations techniques doit être garantie. Avez-vous penser aux mesures d'urgence s'il fallait subitement déplacer les élèves ailleurs. N'y a-t-il pas la possibilité d'accélérer ce processus? Ce bâtiment, construit dans les années 60, on peut se demander pourquoi il est dans cet état de vétusté. Peut-on supposer qu'il n'ait pas été suffisamment entretenu durant ces années? Quelles sont les mesures à prendre pour éviter le délabrement des bâtiments? La Direction des constructions a-t-elle un plan d'entretien des bâtiments?

Au point 9, on parle d'attribuer les marchés de gré à gré mais nous souhaiterions savoir ce que cela signifie? Nous pensons vraiment qu'il serait profitable de favoriser les entrepreneurs locaux. Pour toutes ces raisons, il est bien sûr évident qu'il faut absolument et urgemment accepter ce crédit d'engagement.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Notre groupe va soutenir cette affaire car on ne lui en laisse pas le choix. Toutefois, un demi-million pour du provisoire, cela fait vraiment une grande somme. Ce qui nous inquiète, c'est le manque d'entretien des bâtiments. Nous souhaiterions savoir combien d'autres bâtiments scolaires dans cet état vont encore devoir passer par des demandes de crédits d'engagement urgents. Plusieurs centaines de milliers de francs à investir pour du très provisoire alors qu'il faudrait faire du nouveau.

Schneider Veronika, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Wieder einmal liegt ein Geschäft vor, mit welchem dem Stadtrat die Pistole an die Brust gesetzt wird. Entweder wird dem Geschäft zugestimmt oder die Schule wird geschlossen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat das Geschäft heftig diskutiert. Wieso wird eine so lange Übergangsfrist angesetzt? Ist es vertretbar, die Kinder dort solange zur Schule zu schicken? Wurden Alternativen für vorübergehende Provisorien geprüft um Kosten zu sparen? Wir stellten diese Fragen der zuständigen Gemeinderätin, Lena Frank. Sie hat rasch geantwortet. Die lange Frist stellt sich aufgrund der vielen Bewilligungsprozesse und ist kaum beeinflussbar. Während der Übergangsfrist kann die Schule zufriedenstellend funktionieren. Mit den vorgelegten Sofortmassnahmen können die Mängel punktuell entschärft werden. Provisorien würden deutlich teurer zu stehen kommen und würden den Prozess nicht beschleunigen. Die Fraktion SVP/ Die Eidgenossen wird dem vorliegenden Geschäft zähneknirschend zustimmen. Für die Zukunft wünschen wir uns, dass die Gelder am richtige Ort ausgegeben werden und nicht zu lange gewartet wird. Statt Geld für Luxusprojekte auszugeben, würde besser in den Gebäudeunterhalt investiert. Damit würden dringliche Sofortmassnahmen für Schulhäuser nicht mehr notwendig.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Das Schulhaus Platanen ist in schlechtem Zustand. Es ist mit ungefähr 50 Jahren eigentlich nicht alt für ein Schulhaus. Um die dringendsten Massnahmen zu realisieren, damit der Unterricht noch fünf Jahre weitergeführt werden kann, sind CHF 510'000 nötig. Mit der halben Million sollen Brandschutzmassnahmen, Notausgänge, Sicherung der Fassade sowie Fensterflügel verschraubt werden. Ausserdem muss die Haustechnik notfallmässig verbessert werden. Weshalb wurde so lange für diese notwendigen Arbeiten zugewartet? Einige Arbeiten hätten bereits während dem ordentlichen Unterhalt erledigt werden können. Ebenfalls wird für CHF 255'000 eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, welche bereits vom Gemeinderat bewilligt wurde. Der GPK-Sprecher hat es vorhin erwähnt. Schlussendlich wird ein Grundsatzentscheid über Sanierung oder Neubau notwendig. Diese wichtige Frage muss rasch beantwortet werden. Ich denke, dass die nächsten fünf Jahre nicht genügen werden, um die Sanierung oder den Neubau des Schulhauses Platanen anzugehen. Sollte eine Schuldenbremse eingeführt werden, wäre ein Neubau nicht möglich und eine Totalsanierung schwierig. Bei heruntergekommenen Bauten würde immer nur das Nötigste gemacht damit es nicht zuviel kostet. Dabei käme vielleicht eine Totalsanierung oder ein Neubau längerfristig günstiger. Wahrscheinlich wäre die Bereitstellung von ausreichend Baugerüsten sinnvoll, um bei zukünftigem Bedarf die Schulhäuser, wie seinerzeit beim Dufourschulhaus, damit auszurüsten. Die Sofortmassnahmen sofort anzugehen, ist dringend nötig. Nicht auszudenken, wenn

Schulkinder in einem Brandfall dort zu Schaden kämen. Biel wäre wieder einmal schweizweit in den Schlagzeilen. Die Fraktion SP/JUSO stimmt dem vorliegenden Verpflichtungskredit zu.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich kann die soeben verschiedentlich geäusserte Irritation und den Unmut gut nachvollziehen. Sofortmassnahmen sind teurer und nur eine kurzfristige Lösung. Der schlechte Zustand des Gebäudes ist unumstritten und auch von aussen sichtbar. Der Gemeinderat will mit der Machbarkeitsstudie und den vorliegenden Sofortmassnahmen einen ersten Schritt zur Sanierung einleiten. Ob eine Sanierung, Teilsanierung oder ein Ersatzbau angebracht ist, wird die Machbarkeitsstudie zeigen. Heute gehen wir davon aus, dass wahrscheinlich das Gebäude ersetzt werden muss. Ob ein vollständiger Ersatz oder allenfalls ein Teilersatz notwendig sein wird, soll geprüft werden. Ich wage zu bezweifeln, dass eine Sanierung möglich sein wird. Wieso dauert der Prozess so lange? Im öffentlichen Bereich sind die Wege lang. Die reine Bauzeit der Projekte nimmt häufig die kürzeste Zeit in Anspruch. Heute stehen wir mit der Machbarkeitsstudie ganz am Anfang. Gemäss den Normen für die öffentliche Hand wird anschliessend ein Wettbewerb ausgeschrieben. Erst danach kommen der Projektierungs- und dann der Ausführungskredit in den Stadtrat. Zur Differenz der Zahlen, Frau Stolz:

Madame Stolz, je ne peux pas vous dire où est le problème dans cette information. Je peux imaginer que les travaux débiteront en 2027 et qu'ils se termineront en 2029. Il faut aussi voir que ce dossier est encore très flou et il est dépendant d'autres projets et de l'organisation scolaire.

In diesen Zusammenhang fällt auch die Frage nach den Provisorien. Vor zwei Jahren wurde diese Option abgeklärt. Die Herausforderung ist, Platz für die Provisorien zu finden. Aufgrund von Erfahrungswerten und eingeholten Offerten würden die Kosten allein für die Provisorien während rund drei Jahren CHF 10 Mio. betragen. Im Vergleich zu den Sofortmassnahmen wäre dieses Geld falsch investiert. Die Sofortmassnahmen kosten zwar auch und sind nicht nachhaltig aber die Ausgaben liegen doch deutlich tiefer. Mit den Massnahmen soll das Gebäude bis zur Sanierung oder dem Ersatz am Leben erhalten werden. Die Situation ist auch für mich unbefriedigend. Vom Januar 2022 bis Januar 2023 wurde eine Zustandsanalyse der städtischen Gebäude im Verwaltungsvermögen vorgenommen. Zusammen mit der Finanzdirektion wird momentan eine Immobilienstrategie entwickelt. Einerseits muss die Finanzierung gewährleistet werden, andererseits ist aber auch eine zeitliche Planung und Priorisierung notwendig. Künftig sollen Situationen wie die vorliegende vermieden und der Unterhalt entsprechend sichergestellt werden. Nicht nur in der Direktion Bau, Energie und Umwelt stehen diese Arbeiten oben auf der Prioritätenliste, sondern auch im gesamten Gemeinderat. Nach dem Pförtnerhaus im Stadtpark, welches im schlechtesten Zustand ist und jetzt saniert wird, befindet sich das Schulhaus Platanen im zweitschlechtesten Zustand der städtischen Liegenschaften. Ich danke Ihnen für die breite Unterstützung dieses wichtigen Geschäfts.

Abstimmung

Mit einer grossen Mehrheit stimmt der Stadtrat dem Verpflichtungskredit zu.

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 28.06.2023, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1) **beschliesst:**

1. Das Projekt Schulhaus Platanes, Sofortmassnahmen wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von CHF 510 000.00 unter der Nummer 54000.0592 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

13. 20230067 Postulat Boly Kady, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Torriani Latscha Isabelle, Fraktion PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, «Bessere Information der Bevölkerung über die Abstimmungsergebnisse im Stadtrat»

Das Stadtratsbüro beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

(Text des Postulats und Antwort des Stadtratsbüros siehe Anhang Nr. 4)

Boly Kady, au nom du Groupe PSR: Nous avons pris note de la réponse du Bureau du Conseil de ville. Nous saluons la décision de mettre rapidement à disposition la version PDF des résultats des objets votés au Parlement sur le site internet de la Ville et de tenir compte de la disponibilité de ces informations dans le projet de numérisation du Parlement. Concernant le point 1 du postulat qui demande d'analyser la possibilité d'intégrer dans la Feuille officielle les résultats des objets votés, nous vous rappelons que cela est positif. En effet, cela permettrait de mettre à disposition de manière rapide et très peu coûteuse les résultats des objets votés et ceci pour tous les ménages biennois. De plus, n'oublions pas que pour accéder aux informations du Conseil de ville sur internet, il faut avoir des outils informatiques qui vont avec et il faut s'y connaître un minimum. Nous vous demandons d'adopter notre postulat.

Tennbaum Ruth, Passerelle: Das Anliegen könnte im Internet öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Entscheide im Stadtrat wären somit transparenter. Hoffen wir, dass die Öffentlichkeit bald einmal besser informiert wird.

Der Antrag des Stadtratsbüros, das Postulat erheblich zu erklären, wird nicht bestritten.

14. Dringliche überparteiliche Motion 20230140, Augsburger-Brom Dana, parteilos, Heiniger Peter, PdA, Pir Chè Celik, PdA, Schlup Nina, JUSO, «Teuerungsausgleich für Institutionen mit Leistungsverträgen»

Der Gemeinderat beantragt, die dringliche überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln, erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Augsburger-Brom Dana, parteilos: Ich habe Zeiten erlebt, als es in der Arbeitswelt selbstverständlich war, den Teuerungsausgleich zu erhalten. Warum muss das heute erkämpft werden? Ich vermute, es ist ein Trend. Immer wieder ist in den Medien von Rekordgewinnen der Konzerne zu lesen. Beispielsweise erzielt der Detailhandel, verglichen mit der Zeit vor der Pandemie heute Rekordgewinne. Die Reallöhne der Arbeitnehmenden sinken aber. Die Unternehmen könnten den Teuerungsausgleich jedoch problemlos leisten. Die Unterschicht bringt sich kaum noch durch und die Mittelschicht bricht weg. Wo gehen die Rekordgewinne hin? Das Geld verschwindet irgendwo. Warum nehmen wir das so hin und schauen zu? Leider entspricht die Antwort des Gemeinderats auf die vorliegende Motion dem Trend und überzeugt mich nicht. Ist der Teuerungsausgleich nicht mehr gerecht und logisch? Ich beantrage deshalb, **den Vorstoss nicht abzuschreiben**. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung.

van der Meer Marion, Fraktion Grünes Bündnis: Le Festival du Film Français, die Bieler Fototage, das Stadttheater, die Kinderbaustelle, die Zauberlaterne oder der Hundertkilometerlauf sind sehr beliebt und stehen für Biel. Die ausreichende finanzielle Unterstützung dieser Institutionen ist ein Einnahmenfaktor, genauer gesagt ein Steuereinnahmenfaktor. Zudem sind viele öffentliche Angebote eine verhältnismässig günstige Massnahme der Inklusion. Dass eine gesellschaftliche Segregation hohe Kosten nach sich zieht, sei es im Sicherheitssystem, dem Gesundheits- und Schulsystem oder in der Sozialhilfe, ist Fakt. Insofern geht es, zusätzlich zur Sicherstellung von Steuereinnahmen, um die Vermeidung teurer alternativer Kosten von morgen. Wir müssen diesen Institutionen deshalb korrekte Rahmenbedingungen ermöglichen, das heisst, die Teuerung ausgleichen.

Cette position n'est d'ailleurs pas une idée déraillante de l'Alliance Verte mais c'est une position suisse très solide et modérée. Le message «Culture 2025 à 2028» de la Confédération, actuellement en consultation, le souligne. On peut y lire, je cite: *«La Confédération prend des mesures en faveur d'une rémunération équitable des acteurs culturels professionnels et d'un renforcement de leur sécurité sociale. Elle s'engage pour des conditions-cadre équitables et l'égalité des chances dans le secteur culturel.»* Ces dernières années, nous économisons sur le dos de nos institutions sportives, culturelles et intégratives en ne compensant pas le renchérissement. Ceux-ci ont réagi de manière très entrepreneuriale. Ils ont généré des revenus additionnels et mis en oeuvre des innovations pour gagner en efficacité. Toutefois, aujourd'hui la limite de leurs possibilités est atteinte.

Was es bedeutet unkorrekterweise systematisch auf einen Teuerungsausgleich zu verzichten, rechne ich exemplarisch für die Stadtbibliothek und das TOBS (Theater Orchester Biel Solothurn) vor. Beide Institutionen erhalten seit zehn Jahren gleichbleibende Beträge. Dies gilt auch für die kleineren Institutionen. Der Teuerungsausgleich für zehn Jahre beträgt gemäss Landesindex für

Konsumentenpreise 5,6%. Die Stadt Biel bezahlt demnach diesen Institutionen jährlich folgende Beträge zu wenig: Über CHF 200'000 für das TOBS und über CHF 100'000 für die Stadtbibliothek. Die UnternehmerInnen unter den Stadtratsmitgliedern wissen, dass die gestiegenen Arbeitskosten mit diesen Beträgen abgedeckt werden müssten. Die Löhne hätten in den letzten zehn Jahren einerseits aus Fairness und andererseits aufgrund des Fachkräftemangels angepasst werden müssen. Ausserdem sind die Beiträge für die Sozialversicherungen und der Aufwand für die Personaladministration gestiegen. Die Energiekosten sind teurer. Ton, Video und Licht unterliegen rasanten technischen Entwicklungen, wodurch sich die Investitionszyklen erhöhen. Transport- und Mietkosten sind ebenfalls gestiegen. Zusätzlich zu diesen laufenden Kostensteigerungen muss jede Institution von Zeit zu Zeit investieren. Eine Bibliothek des 21. Jahrhunderts ist ein multimedialer Begegnungsort mit einer sozialen Funktion. Die Stadtbibliothek hat deshalb investiert um ein ansprechendes Medienhaus zu bleiben. Diese Investitionen hat sie ohne Beiträge aus der Stadtkasse gemeistert. Investitionen zu leisten und dabei finanziell sehr knapp gehalten zu werden, ist eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit. Die Institutionen können dies nur deshalb weil sie über überdurchschnittlich engagierte Mitarbeitende, Stiftungsratsmitglieder und Vorstände verfügen. Ihnen gebührt ein riesengrosser Dank. Wir fordern von den lokalen Institutionen ein zukunftsorientiertes Erstklassangebot, setzen aber auf rückwärtsgewandte Drittklassrahmenbedingungen. Auf Dauer geht das für die Stadt Biel nicht auf. Die Fraktion Grünes Bündnis warnt vor einer sportlichen und kulturellen Verarmung und einem Abfluss von Steuersubstrat. Wir folgen der Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat, beantragen jedoch, dieses nicht abzuschreiben.

Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR: Techniquement dans cette affaire, deux choses sont sûres. D'une part, la motion déposée n'est pas recevable en tant que telle. Elle ne l'est que pour les contrats de prestations, qui relèvent de la compétence du Conseil de ville. Ceux-là ont déjà été traités par cet hémicycle et certains vont passer devant le Peuple. D'autre part, s'agissant de l'enveloppe financière pour 2023, les jeux sont faits puisque les tables rondes successives ont bouclé un budget que l'on ne peut pas modifier, si on veut rester fidèle à sa parole. D'autres communes se sont penchées sur ce sujet comme par exemple Lausanne, qui s'est engagée à favoriser la complète indexation salariale du personnel des structures pour lesquelles elle assure plus de 50% du financement public, par parallélisme aux mesures prises pour son personnel. Toutefois, la décision quant à cette indexation incombe en définitif aux organes dirigeants des institutions concernées où en fonction des situations cela pourrait se faire par crédit supplémentaire ou par la procédure budgétaire des exercices à venir. À Genève également, une partie de la gauche parlementaire a proposé la même chose afin d'adapter le soutien financier à toutes une série d'institution qui assument le service public. Hormis la droite genevoise, qui s'oppose à une péjoration du budget, le parti des Verts genevois n'a pas soutenu ses partenaires, en argumentant que c'est le système d'arroser qui les gêne et ne tient pas compte de la situation particulière de chaque association. Les structures qui sont soutenues sont multiples. On sait que les charges du personnel ne constituent pas l'intégralité des dépenses des associations. Donc, les Verts genevois auraient aimé pouvoir étudier la proposition afin de déterminer le mécanisme qui pourrait convenir. À Bienne aussi, les situations sont très différentes les unes des autres. Donc, une analyse devrait être possible.

En tant que président du Conseil de fondation de la Bibliothèque de la Ville, je souhaite d'abord remercier Madame van der Meer pour ses beaux mots. J'ai évidemment participé à l'élaboration des contrats de prestations successifs depuis une dizaine

d'années et il est vrai que plus le temps passe plus les coûts et les charges augmentent, alors que l'aide financière est restée la même depuis 2010, en tout cas. On peut démontrer que le coût de la vie a augmenté de plus de 7% depuis là. Nous avons régulièrement demandé une indexation, qui a été systématiquement refusée. Alors, la Bibliothèque s'est adaptée et comme le dit un peu désabusé le Conseil municipal, il suffit d'effectuer des changements dans l'offre, d'augmenter les tarifs, de renoncer à certaines prestations. Cela nous l'avons déjà fait et passez-moi l'expression: *«Le citron a été pressé au maximum.»* Je rappelle aussi au Conseil municipal que le contrat de prestations qui nous lie exige la réalisation de certaines tâches considérées comme essentielles, qui elles aussi voient leurs coûts prendre l'ascenseur, sans que nous puissions y faire face.

Vu la situation précaire des finances de la Ville, nous pouvons nous considérer heureux du fait que l'aide financière n'a pas été réduite. Nous n'allons pas insister sur cette question d'indexation. Je précise aussi que certains contrats de prestations se fondent sur les dispositions d'une «Kulturförderungsgesetz». Ce texte ne prévoit pas expressément une indexation. Ces contrats ont été, à l'époque, institués pour financer, stabiliser, pérenniser des offres qui sont destinées à une population. D'autre part, nous comprenons les réticences du Conseil municipal puisque ce type de contrat fait intervenir d'autres entités de financement que la Ville comme le Canton, le Syndicat intercommunal pour la culture. Il serait évidemment inéquitable que seule la Ville procède à une indexation. Par ailleurs, notre parti s'est toujours engagé pour que l'action publique soit proportionnelle et ensuite ciblée. Nous voyons une forme de clientélisme dans le fait de vouloir appliquer à l'ensemble des associations subventionnées le même traitement, sans tenir compte de leur situation propre et individuelle. Tout cela pour dire que notre groupe estime qu'un examen pour le futur au moins devrait être entrepris. Vu ce problème de compétence, nous n'allons pas suivre la motion. En revanche, nous soutenons la transformation en postulat et demandons son maintien. À notre avis, une réflexion pour l'avenir, comme l'ont fait bien d'autres villes, n'a pas encore été entamée.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Ich pflichte meiner Vorrednerin bei. Wir haben wirklich ein Problem mit der Finanzierung der Kulturinstitutionen. Lohn- und Energiekosten steigen auch für die kulturellen Betriebe. Die Beiträge der Stadt für die Kulturbetriebe wurden jedoch nicht angehoben. Die betroffenen Betriebe stehen aktuell vor einem Problem und müssen Lösungen suchen. Festzuhalten ist, dass es sich um einen Leistungsabbau handelt. Es stimmt nicht, was die SVP-Vertreter in den Medien erzählen, nämlich, dass alle ausser die Kulturbetriebe sparen. Die Inflation wird nicht ausgeglichen. Dasselbe betrifft übrigens das städtische Personal, denn auch da wurde die Inflation nicht vollständig ausgeglichen. Dies war eine der Sparmassnahmen von «Substance 2030». Die Leistungsverträge sind keine Idealvorlage, sondern ein Kompromiss. Der erste Punkt des vorliegenden Vorstosses verlangt den Teuerungsausgleich mit der Verlängerung der Leistungsverträge. Dieser Punkt kann nicht umgesetzt werden, weil die Leistungsverträge im Stadtrat bereits verlängert wurden und nach der Volksabstimmung in Kraft treten. Wir müssen jedoch unbedingt dafür sorgen, dass der Teuerungsausgleich zukünftig gewährt wird. Punkt 2 des Vorstosses ist deshalb zu unterstützen. Dass die Kulturbetriebe noch weitere Sparmassnahmen umsetzen müssen, kann nicht sein.

Aus der Antwort des Gemeinderats geht hervor, dass in der Finanzdirektion nun ein anderer Wind weht. Die Fraktion SP/JUSO kann deren Interpretation nicht folgen. Der

Gemeinderat schreibt, dass der Inflationsausgleich eine Mehrausgabe wäre. Diese müsste mit Einsparungen und einem Leistungsabbau kompensiert werden. Der Ausgleich der Inflation bedeutet keine Mehrausgabe und auch keine Ersparnis. Die Inflation nicht auszugleichen würde eine Einsparung bedeuten. Der Ausgleich aller Leistungsverträge von CHF 560'000 wäre sicher nicht eine Mehrausgabe. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort: *«Dabei ist sich der Gemeinderat bewusst, dass der Anstieg der Teuerung Auswirkungen auf die Institutionen und ihre Leistungen hat. D.h. Institutionen müssen Anpassungen vornehmen, ihr Angebot verteuern und/oder möglicherweise auf Leistungen verzichten.»* Der Gemeinderat sagt, dass der fehlende Teuerungsausgleich einem Leistungsabbau gleichkommt. In der Buchhaltung möchte er die Einsparung jedoch nicht als Leistungsabbau verstanden wissen.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat sich bereits bei der Verlängerung der Leistungsverträge für die Kulturinstitutionen ablehnend geäußert. Die vorliegende Motion, welche einen Teuerungsausgleich für diese Leistungserbringer fordert, lehnen wir aus denselben Gründen ab. Die Stadt Biel ist heute bereits mit erheblichen finanziellen Herausforderungen konfrontiert. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten und Haushaltsdefiziten nachträglich und für die Zukunft einen Teuerungsausgleich von CHF 560'000 zu fordern, ist nicht nachvollziehbar. Es gibt wichtigere Bereiche für den Einsatz der finanziellen Mittel, beispielsweise der soeben beschlossene Verpflichtungskredit für die Sofortmassnahmen am Schulhaus Platanen. Die zuständige Gemeinderätin hat vorhin erklärt, dass im Bereich der städtischen Liegenschaften noch weiterer Finanzbedarf besteht. Zudem wurde im Bericht des Gemeinderats ausgeführt, dass nur ein kleiner Teil der Leistungsverträge überhaupt motionsfähig ist. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen kann dem Argument des Gemeinderats folgen, in dem er auf die unterzeichnete Absichtserklärung aller Fraktionen und Parteien verweist. Dies bedeutet, dass zusätzliche Ausgabenbeschlüsse zu höheren Ausgabeneinsparungen führen müssen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen beantragt, **den Vorstoss nicht erheblich zu erklären.**

Heiniger Peter, PdA: Sie wissen, dass mir die Kultur am Herzen liegt und wichtig ist. Kultur ist nicht alles aber ohne Kultur ist alles nichts. Der vorliegende Vorstoss fordert bescheidene 2,5% Teuerungsausgleich für Kulturinstitutionen. Biel ist schliesslich eine Kulturstadt und will kein Loch sein. Wollen Sie ein Loch ohne Kultur? In den Medien konnte ich lesen, dass ich ja nach Bern reisen kann. Ich will aber nicht nach Bern reisen, ich bin Bieler! Ich werde darum kämpfen, dass kulturelle Institutionen hier in Biel bleiben können. Sie können jedoch nur bleiben, wenn die Kosten tragbar sind. Biel hat eine spezielle Kulturart und -form und diese muss erhalten bleiben. Wenn wir die Kultur verkommen lassen, werden immer mehr Jugendliche auf der Strasse herumlungern. Seien Sie doch froh, dass die Kulturbetriebe Ihnen dieses Szenario abnehmen. *(Zwischenrufe)* Wir müssen für die Kultur eintreten. Mit der Teuerung haben diese Betriebe weniger Geld in der Tasche, genauso wie wir alle. Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat bin ich einverstanden. Ich beantrage jedoch, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

Gerber Andreas, FDP: Ich erlebe im Stadtrat wirklich nie, dass auch nur einmal ein Franken eingespart wird. Jede Strasse soll vergoldet werden und zu jedem Projekt werden Wunschvorstellungen angemeldet. Ein gesundes Mass an Sparwillen ist nicht vorhanden. Ich bin der Erste, der dafür ist, die Kulturinstitutionen zu unterstützen. Wir haben jedoch das Geld dafür nicht. *(Zwischenrufe)*

Tenennbaum Ruth, Passerelle: Es geht nicht nur um die Kultur sondern um die Leistungsverträge. Eigentlich wäre der Teuerungsausgleich für diese Institutionen richtig. Gemäss Budget investieren wir jährlich über CHF 30 Mio. Teuerungsbedingte Mehraufwände werden jeweils gutgeheissen. Diese Gelder könnten gestrichen werden und an die Träger der Leistungsverträge ausbezahlt werden, denn das sind Partner mit mehrjährigen Verträgen. Diesen würde zuerst das Recht auf die Gelder zustehen.

Celik Pir Chè, PdAa: Ich trete ans Rednerpult, weil ich Bieler und jung bin. Ich erlebe immer mehr, dass viele junge Leute nicht mehr in Biel bleiben wollen. Früher waren die jungen BielerInnen in der ganzen Schweiz für ihren Lokalpatriotismus bekannt. Immer weniger Gäste an den Anlässen bedeutet auch weniger Geld, das ausgegeben wird und in die Stadtkasse fliesst. Keineswegs werden wie vorhin angesprochen, Strassen vergoldet. Ich finde die Diskussion deprimierend, denn was uns als Stadt ausmacht, ist schlussendlich die Kultur. Schliesslich wird das Geld nicht nur in die Kulturbetriebe investiert, sondern in unsere Sicherheit. Damit werden Leute davon abgehalten, auf die schiefe Bahn zu geraten.

Augsburger-Brom Dana, parteilos: Die Urhebenden sind mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden und beantragen, das Postulat nicht abzuschreiben. Wir beantragen ausserdem, **über die beiden Punkte im Vorstoss separat abzustimmen.**

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Der erste Punkt des Vorstosses fordert: *«Alle Leistungsverträge sind dahingehend anzupassen, dass den Leistungserbringern ab Vertragsverlängerung ein Teuerungsausgleich von mindestens 2,5% gewährt wird.»* Der zweite Punkt verweist auch wieder auf alle Leistungsverträge. Frau Tennenbaum, Sie haben bereits gesagt, dass heute Abend nicht eine Kulturdiskussion geführt wird. Mit «allen» sprechen wir von rund 100 Leistungsverträgen. Der kleinste Teil davon betrifft Leistungsverträge mit Kulturinstitutionen. Der weitaus grössere Teil betrifft andere Bereiche. Die Urhebenden verlangen die Gleichbehandlung aller Leistungsverträge. Dabei stellt sich schon das erste Problem. Wir haben Leistungsverträge mit Leistungserbringern, bei denen in den letzten Jahren Mengenausweitungen vorgenommen wurden. Sind diese gleich zu behandeln wie die anderen? Welche Bemessungsgrundlage müsste der Gemeinderat nehmen? Wie sieht es mit den Leistungserbringern aus, welche der Stadt Miete bezahlen? Die Miete wurde, im Gegensatz zu derjenigen von Leistungserbringern in Privatliegenschaften, nicht der Teuerung angepasst. Wie sieht es für die Leistungserbringer aus, welche zu 100% finanziell von der öffentlichen Hand abhängig sind gegenüber denen, welche andere steuerbare Einnahmen haben? Beispielsweise kann über Preiserhöhungen für Eintritte die Teuerung überwältzt werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass diese Faktoren für die Umsetzung der Gleichbehandlung zu berücksichtigen sind. 2,5% Teuerungsausgleich für alle, wie gefordert, wäre nicht umsetzbar. Es geht bei den Leistungsverträgen nicht um Angestellte, die zu den gleichen Bedingungen arbeiten, sondern um Leistungserbringer, die zu unterschiedlichen Bedingungen in die Verträge mit der Stadt eingetreten sind. Vier grosse Leistungsverträge gelangen jetzt vor die Volksabstimmung. Bei anderen Leistungsverträgen werden regelmässig Anpassungen verhandelt. Die Vertragsverhandlungen werden je nach Thema von verschiedenen zuständigen Direktionen geführt. Der Gemeinderat findet dieses Vorgehen in der Verantwortung der einzelnen Direktionen mit ihren jeweiligen Partnern sinnvoll. Eine generelle Lösung würde dem Gleichbehandlungsprinzip widersprechen und nicht den effektiven Begebenheiten entsprechen.

Zum Vergleich mit den Investitionen, Frau Tennenbaum. Sie haben zu Recht bemerkt, dass dort jeweils die Teuerung ausgeglichen wird. Ich weise jedoch darauf hin, dass der Gemeinderat das Investitionsvolumen von CHF 40 Mio. auf CHF 30 Mio. oder um 25% massgeblich reduziert hat. Wenn ein Projekt teurer wird, muss ein anderes entsprechend gekürzt werden. Das gesamte Volumen ist auf CHF 30 Mio. begrenzt. Verglichen mit den Leistungsverträgen, müsste für diese eine ähnliche Diskussion stattfinden. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen die Umwandlung in ein Postulat und die Abschreibung der vorliegenden Motion. Er ist der Meinung, dass die Umsetzung enorm schwierig ist. Er empfiehlt, die Forderung zu überdenken und neu zu formulieren, damit sie praxistauglich ist. Der vorliegende Vorstoss entspricht nicht den aktuellen finanziellen Herausforderung der Stadt Biel.

Augsburger-Brom Dana, parteilos: Der vorliegende Vorstoss wurde extra knapp formuliert, damit nicht auf andere Themen abgeschweift werden kann. Selbstverständlich wird ein gerechtes und der Gleichbehandlung entsprechendes Vorgehen erwartet. Die Forderung ist keineswegs so komplex wie von Herrn Feurer dargestellt.

Abstimmungen

(Die Umwandlung der Motion in ein Postulat wird vom Stadtrat nicht bestritten.)

- über den Antrag der Urhebenden, Punkt 1 des Postulats erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Antrag der Urhebenden, Punkt 2 des Postulats erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen. Punkt 2 des Vorstosses wird in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt.

15. Interpellation 20230068, Arnold Niels, Fraktion GLP+, «GR-Beschluss vom 30.11.2022 zum «Verein Skatepark / Nachtrag zur Leistungsvereinbarung»»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

16. Neueingänge

20230237	Dringliche überparteiliche Motion, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Moeschler Marie, Fraktion PSR Finanzkommission jetzt!	SRB
	Motion interpartis urgente, Clauss Susanne, Groupe PS/JS, Schiess Christophe, Groupe Alliance Verte, Moeschler Marie, Groupe PSR Une commission des finances maintenant!	BCV
20230238	Postulat, Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis Pflanzenkohle und Fernwärme dank Pyrolyse – auch in Biel?	BEU
	Postulat , Rüber Stefan, Groupe Alliance Verte Du charbon végétal et du chauffage à distance grâce à la pyrolyse – aussi à Bienne?	TEE
20230239	Postulat, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis Patenschaft für Baumrabatten	BEU
	Postulat , Schiess Christophe, Groupe Alliance Verte Parrainage de parterres d'arbres	TEE
20230240	Interpellation, Van der Meer Marion, Fraktion Grüne Unterstützung der Energiewende durch vereinfachte Bewilligungsverfahren	PRA
	Interpellation , Van der Meer Marion, Groupe Les Vert·e·s Des procédures d'autorisation simplifiées pour soutenir le tournant énergétique	MAI
20230241	Interpellation, Sprenger Titus, Fraktion Grünes Bündnis SBB: Erneuerungsarbeiten im östlichen Bereich des Bahnhofs Biel	PRA
	Interpellation , Sprenger Titus, Groupe Alliance Verte CFF: travaux de rénovation dans le périmètre est de la gare de Bienne	MAI

20230242 Kleine Anfrage, Müller Lukas, SVP

BEU

Behindertengleichstellung

Petite question, Müller Lukas, UDC

TEE

Égalité pour les personnes en situation de handicap

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:15 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:

Benedikt Loderer

Der Ratssekretär / *Le secrétaire parlementaire*:

Omar El Mohib

Protokoll:

Rita Flückiger

Nathalie Scheurer

Procès-verbal:

Floriane Pinto Bernardino

Claire-Lise Kirchhof